

So wurde auch den Biegeleien, Mörtelarbeiten usw., die an meller arbeitende Firmen Material liefern, dauernder Vorrat angebracht. Bei Arbeiter wird das als strafbare Expropiation angesehen — Unterschwerer davor Terroristen sein, das erlaubt unser gerechter, unparteilicher Staat.

Dieselbe Nachricht kam aus Sachsen: In einer Sitzung des Vorstandes des Sächsischen Arbeitgeberverbandes wurde mitgeteilt, daß am Freitag die Aussetzung der Bauarbeiter im ganzen Königreich Sachsen stattfinden werde. Außerdem hätten die verschiedenen Referentenkonventionen beschlossen, die Materiallieferer zu verhängen, so daß auch die Arbeitgeber, die sich den Berliner Beschlüssen nicht angeschlossen — es sind das in Sachsen etwa 10 Prozent — nicht in der Lage sind, weiter arbeiten zu lassen.

Wer einen anderen am freiwilligen Arbeiten hindert, ist strafbar — nur braucht es gerade kein Baukapitalist sein: der Grenzbürger, wenn er so etwas tut. Dafür hält sich diese Sippschaft über den „Terrorismus“ der Arbeiter gegenüber Streikbrechern an! Unsere herrschenden Klassen ahnen gar nicht, wieviel Agitationsmaterial sie uns vor den Augen der christlichen und politischen Arbeiter in den Schoß werfen!

Einigung in Magdeburg?

In Magdeburg haben bereits die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Baugewerbes durch Vermittelung eines Stabrats geführten Verhandlungen in den Hauptpunkten eine Einigung herbeigeführt. Diese soll, wie der „Magdeb. Btg.“ gemeldet wird, als Grundlage für eine Einwirkung auf die großen kämpfenden Verbände benutzt werden.

Die Magdeburger Bauarbeiter nehmen heute, Donnerstagabend, zu dieser Einigung in drei Versammlungen Stellung.

Zu den Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Offizielles Protokoll über die vom Staatssekretär des Innern veranlaßte Verhandlung am 8. April im Reichstagsgebäude.

Die vertrauliche Besprechung, an der 39 Herren (6 Arbeitervertreter) teilnahmen, wurde um 2 Uhr 10 Minuten von dem Geheimen Regierungsrat Wiedfeldt eröffnet. Er legte die Veranlassung und den Zweck dieser Besprechung dar und machte den Vorschlag, die Parteien möchten drei oder fünf Unparteiliche benennen, um, wie 1908, unter deren Leitung die Verhandlungen von neuem aufzunehmen und eine Vereinbarung zu erzielen.

Die Parteien beraten hierüber in getrennten Räumen. Nach Wiedereröffnung der Besprechung gibt Herr Wiedfeldt folgende Erklärung ab:

Wir sind nicht imstande, heute endgültig zu erklären, ob wir mit dem Vorschlag einverstanden sind. Wir sind ja nur mit wenigen Personen hier und müssen daher unsere übrigen Kollegen in den Vorständen befragen. Aber wir, die wir hier anwesend sind, sind der Meinung, daß es zweckmäßig ist, wenn drei Unparteiliche mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt werden. Ich glaube auch, sagen zu können, daß unsere übrigen Kollegen, wenn wir ihnen das vorschlagen, dann ebenfalls zustimmen werden.

Namens der Arbeitgeber gibt Herr Vaurat Jellisch folgende Erklärung ab:

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bedauert, den Vorschlag auf Ernennung von drei Unparteilichen abzulehnen zu müssen.

Der Vorsitzende macht nun den Vorschlag, die vier oder fünf Hauptstreitpunkte in die Besprechung zu ziehen, um so hierüber zu einer Einigung zu kommen. Die Parteien beraten getrennt.

Nach Wiedereröffnung der Besprechung gibt Herr Vaurat Jellisch für die Arbeitgebervertreter die Erklärung ab, daß sie grundsätzlich zu Verhandlungen über diese fünf Punkte bereit sind, daß sie aber verlangen, daß die Zentralverbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter ihre Resolution vom 6. d. M. aufheben, wonach sie ablehnen, auf Grund der Forderungen des Deutschen Arbeitgeberbundes zu verhandeln. Namens der Arbeitervertreter erklärt Herr Wiedfeldt, daß sie zu Verhandlungen über diese Punkte bereit sind, sobald sich die Arbeitgebervertreter bereit erklären, über die Dresdener Beschlüsse verhandeln zu lassen, wäre die Grundlage zu weiteren Verhandlungen gegeben.

Es entspinnt sich nun eine längere Debatte über die Bedeutung dieser Resolutionen über die Einsetzung der Arbeitgebervertreter bezüglich der Arbeit, und des Arbeitsnachweises usw., an der sich die Herren Jellisch, Wiedfeldt, Behrens, Frick, Entz, Jellisch und der Vorsitzende beteiligten. Der Vorsitzende stellt nun die Frage nochmals, ob über die fünf Hauptstreitpunkte verhandelt werden soll. Die Parteien beraten getrennt.

Nach Wiedereröffnung gibt Herr Baumelker Behrens folgende Erklärung ab: Der Deutsche Arbeitgeberbund ist einverstanden, daß in die Besprechung der einzelnen Streitfragen eingetreten wird. Es wird indessen gefordert, daß zunächst über den Arbeiterbeschlüssen betreffend Verfrachtung der Arbeitszeit gesprochen wird, da in der Resolution der Arbeitnehmer dieses als Vorbedingung für die weitere Verhandlung auf einem Tarifmuster aufgeführt ist und erst die Bahn hier frei sein wird. Für uns ist an diesem Kölner Beschluß nichts zu ändern.

Namens der Arbeiter erklärt Herr Baumelker, sie seien bereit, diese Punkte heute zu besprechen; bei den künftigen Verhandlungen müsse aber auch der Weg hinsichtlich der Arbeitszeitverfrachtung frei sein.

Herr Baumelker Vuch beantragt Schluß der Besprechung hierüber. Die Arbeitgeber müßten es ablehnen, über die fünf Punkte zu verhandeln, wenn nicht die Arbeitszeitfrage zuvor erledigt sei. Die Anwesenden sind damit einverstanden, nachdem der Vorsitzende erklärt hat, über die Frage der Arbeitszeit nicht mit verhandeln zu können.

Der Vorsitzende macht noch den Vorschlag, den Parteien feinerseits zu diesen fünf Punkten einen Ausgleichsvorschlag zu machen, den die Parteien ihren zuständigen Organen vorlegen sollten. Herr Vuch hat, hierüber Abstand zu nehmen; die Arbeitgebervertreter seien nicht mehr in der Lage, jetzt noch Vorschläge entgegenzunehmen. Nach einigen Wochen werde dazu die Zeit günstiger sein. Von den Arbeitervertretern wird keine Erklärung abgegeben.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Besprechung zu dem angeordneten Ziele nicht geführt hat und schließt die Besprechung um 4 Uhr 35 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt unterschrieben.

Wiedfeldt.

Behrens. Größ Road. Th. Bömelberg. St. Schrader. J. Wiedeberg. Gust. Behrendt.

Weitere Aussperrungsbeschlüsse.

Nach den Beschlüssen der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe für Köln und Umgebung sollen am Freitag, den 15. April, sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter, soweit sie in den Arbeitgeberorganisationen angeschlossenen Betrieben beschäftigt sind, entlassen werden.

Von der Aussperrung im Baugewerbe werden in Mannheim und in den Nachbarorten etwa 1800 Maurer und Bauhilfsarbeiter betroffen. In Ludwigshafen lassen die Arbeitgeber des Baugewerbes einstimmig eine Resolution, in der volle Erfüllung der Beschlüsse der Berliner Verbandstagung verprochen wird.

In Lüden schied haben die Baununternehmer einstimmig beschlossen, allen Arbeitern auf die nächsten Tage zu kündigen, und während dieser Zeit die Geschäfte völlig zu schließen.

Terror im Baugewerbe.

Einen tiefen Einblick in die terroristische Aussperrungspolitik des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gibt ein Artikel des „Leipziger Tageblattes“ (Abendausgabe vom 12. April), in dem festgestellt wird, daß die Leipziger Bauunternehmer sich nur der Zwänge der Zentralstelle in Berlin füge, selbst aber gar keine Neigung zur Aussperrung hätten. Das „Leipziger Tageblatt“ hat an die in Betracht kommenden Firmen eine Umfrage gerichtet; es sagt deren Ergebnis wie folgt zusammen: Von dem Beschluß der Versammlung der Leipziger Baununternehmer im Stöckemannshaus am 11. April sei nach den Beschlüssen der letzten Berliner Versammlung niemand mehr überrascht gewesen. In Leipziger Baugewerbe selbst besteht im allgemeinen wenig Sympathie für den Kampf, der in der Saurische von den süddeutschen Arbeitgebern heraufbeschrieben ist, da man hier eigentlich gar keinen Grund zu einem solchen Kampfe hat. Die Verhältnisse auf dem Leipziger Bauplatz liegen herab, daß von einer ernstlichen Differenz zwischen Arbeitgebern und -nehmern keine Rede sein konnte, jedenfalls nicht in dem Maße, daß nicht eine Einigung hätte erzielt werden können. Der Kampf ist von der Zentralstelle aufgezwungen und wird deshalb durchgeführt.

Diese Auswertung des Tageblattes spricht Bände für die Treulosigkeit des Baununternehmertums.

Die Christlichen auf dem Kriegspfade.

Aus Bochum wird vom 13. April gemeldet: In einer vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufenen, von zahlreich Personen besuchten öffentlichen Volksversammlung wurde lebhafter Protest gegen das einseitige und unmäßige Vorgehen des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe erhoben und den vom Kampf betroffenen Arbeitern die Sympathie

und satzkräftige Unterstützung der gesamten christlichen Arbeiterschaft zugesagt.

Sind die Bauhütten nicht auch sogenannte „Werkstätten“? Der christliche Bauarbeiterverband Dresden nimmt Freitag Abend in mehreren Versammlungen zu der Aussperrung Stellung. Nähere Angaben über Lokale und Redner hören uns zur Stunde noch nicht vor.

Auch Oberschlesien sperrt aus!

Aus Rattowitz meldet uns ein Telegramm: Die Unternehmer Oberschlesiens haben am gestrigen Mittwoch beschlossen, die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter vorzunehmen. Von dem Beschluß werden 6000 Arbeiter betroffen.

Für Aufklärung des Proletariats im dunklen Oberschlesien wird der Beschluß viel beitragen.

Politische Uebersicht.

Die preussische Wahlreform vor dem Herrenhause. Auf der Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Herrenhauses, die am Freitag, den 15. April, Mittags 12 Uhr, anberaumt ist, steht als einziger Punkt: „Beratung und Beschlussfassung über die geschäftliche Verhandlung des von dem Hause der Abgeordneten unter Abänderung der Regierungsvorlage angenommenen Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten.“ Die konservative und die neue Fraktion des Herrenhauses wollen am Donnerstag Sitzungen abhalten, um Stellung zur Wahlrechtsvorlage zu nehmen. Man nimmt an, daß in der Plenarsitzung am Freitag Anträge noch nicht gestellt werden, sondern nur eine Generaldiskussion eröffnet werden wird, die vielleicht nur einen Tag in Anspruch nehmen wird. Die Spezialprüfung der Vorlage bleibt der Kommission überlassen, in der die Mehrheit natürlich der konservativen Fraktion angehört.

Zentrum und Wahlrechtsvorlage. Die „Germania“ kommt in einem langen Artikel nochmals auf die Vorgänge vom Dienstag im preussischen Abgeordnetenhause zu sprechen und findet es für ganz selbstverständlich, daß die Opposition durch Schlußanträge mundtot gemacht worden ist. Das Zentrumblatt meint, es hätte gar keinen Zweck gehabt, noch einmal Neben zum Fenster hinaus zu halten, wie es die Sozialdemokratie für ihre revolutionäre Stimmungsmache betreibt. Einen sachlichen Zweck hätte eine solche Diskussion doch nicht haben können.

Es verdient festgenagelt zu werden, daß ausgerechnet das Zentrum, die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“, es ist, das dem schändlichen Gewaltstreich der Konservativen das Wort redet, und es darf wohl als sicher angenommen werden, daß es sich bei dieser Niederträchtigkeit um ein abgekartetes Spiel zwischen Zentrum und Konservativen gehandelt hat.

Der satfam bekannte Freiherr v. Zedlitz kann seine Erregung darüber, daß er bei dem Wahlrechtschacher nicht mitmachen konnte, noch immer nicht meistern. Er setzt deshalb seine ganze Hoffnung auf das Herrenhaus, in der Erwartung, daß dort die Wahlrechtsvorlage so abgeändert wird, daß zwischen den Konservativen und Ultramontanen einerseits, und den Freikonservativen andererseits doch noch ein kleines Schachergeschäft zustande kommen könne. Im „Tag“ legt er auseinander, daß das Herrenhaus und die Regierung durch Parteirücksichten nicht gebunden, sondern völlig frei in ihren Entschlüssen sind. Sie hätten die volle Verantwortung dafür zu tragen, daß die Wahlrechtsvorlage eine Gestalt erhalte, die die Neuordnung des Wahlrechts sturmfrei macht, und damit die Wiederherstellung der Ruhe auf diesem Gebiete herbeiführe.

Englische Stimmen über den Wahlrechtssonntag. Obwohl die englische Presse mit den kritischen Ereignissen, die sich in ihrem eigenen Lande abspielen, stark beschäftigt ist, wendet sie doch den Vorgängen in Preußen

Noland von Berlin.

Roman von Willibald Kiehl (Höring.)

Ein widerwärtiges Lächeln zog um den verzerrten Mund der Alten: „Si, hätte die rote Hanna, als sie noch jung war, das gehabt, was du noch hast! Solche weiße Hände, solchen reinen Nacken, so einen roten Mund — und die Augen! Die schienen noch manchen anblitzen, und die Haare will ich dir wieder können in schön: Flecken und Locken, und Sträuser weiß ich was kann Salben machen; die sollen bis zum wieder schmelzig machen und glänzend. Nun, Furchen, Furchen dich noch? Höst du sie nicht brünnen aufspielen und gelben — ist im Wandel bei den geizigen Herren. Schätz nicht auf mitzutun? Lass auf die alte Hanna, du wirst noch tunge in Berlin, du wirst pfeifen und spielen lassen, wie du Lust hast und die strengen Herren sollen tanzen.“

War es das unheimliche Glänzen ihrer Augen, oder die jungen Vorstellungen ihrer Rede, was das Mädchen aufmerksam horchen ließ auf die geheimnisvollen Verheißungen der Alten? Auf den Schwüngen des Windes kamen lustige Töne herüber von der Stadt, die das Weib mit halb geöffneten Mund glückselig aufnahm, und das Mädchen schaute eben so glücklich.

„Hörst du, was ich dir sage? — das geht lang her.“

„Aber was, was ich dir sagen?“

„Das Mädchen war aufgesprungen: „Ach, sie kommt mich ja alle.“

„Reiß dich wieder raus, mein Kind. Der weiß, Kind, 's zog mancher als ein Bettelmann aus, und kam zurück als ein richer Herrmann zu Pferd. Manchen wissen sie es einer Stadt, und da er wieder kam, zogen ihm die Herren mit kleinen Häuten entgegen und reichten ihm die Schlüssel. Sie sollen dich nicht wieder kennen. Roman, komm.“

„Sie zog sie an der Hand mit sich fort, denn aus der Ferne kam ein anderes Geräusch als die ab und zu vom Winde heraufgekommenen Gesänge. Man hörte Schüsse, und die schwarzen Schellen einiger Reiter kreisten über die weißen Hügel.“

„Der soll denn kommen, Mädchen! Hast du noch was am Leibe? Können sie dir noch was nehmen? Wer so weit ist, als wir beide, ist get dran.“

„Das lugst du so groß?“

„Sie kommen hierher.“

„Und dich unter, rote Hanna.“

„Reiß dich, hast recht. Sie können Reichthum nehmen. Ein al Weib im Pögebüsch, wenn der Rand schon steht niemand gern.“

„Lass unter. Es könnte doch —“

„Der Leibhänge sein und keine Gesellen. Si, Mädchen, das ist ein Herr; der will von unterirdisch gebeten sein, und höchst merkwürdig. Nur bei reichen Leuten und Pfaffen kommt er ungerufen, und geht ihnen um den Bart. Uns hat er geschieden weg, das weiß er.“

„Reiß dich, hast recht.“

„Reiß dich, hast recht. Die zeigen sich nur noch selten auf dem Hof — haben lange Schoren; also sind's gute Leute. Wozum? Wozum? Denn die ausstehen? — Sieh nur — suchen immer den Schatten — möchten nicht von der Mauer aus gesehen werden. Also unruhig, Menschen, sind gute Freunde. Die gehen zu Herren in den Städten spielen und jahrelang jahrelang von ihnen zu daß unsere Stumpen geizig wird. Wozum dich wundern, was für Leute bei uns sind, die brünnen alle vor Lust, den Herren es wieder zu geben. — Sieh mir — sieh mir — wer weiß denn da wie eine Fährte auf'm Reck zwischen beiden. So daß nicht der Köpfe Berner ist, stach mich der Herr.“

„Maria Jesus, all ihr Heiligen, der!“

„Nächtlich Mann, was Kappert mit den Zähnen? Der wird dich schon warm machen.“

„Er hat geschworen die Stadt in Brand zu setzen.“

„Hörst du dich, Mädchen? Er wird ihnen auch einheizen. Ist ein lieber Herr. Dieß wird mal mit den Hundchen gehen auf seinen Schloßhof. Hatte ein hübschen getrunken; wozum sich nur einen kleinen Spas machen. Aber danach ließ er mich verbinden, ich kufte in seinen Stall bleiben, bis alles verhandelt war, und ließ mich trinken, so viel ich mochte. Sind keinem immer Freunde bleiben. Ein guter Herr, sag' ich dir, und laßt die Stadthütten wie ein reichlicher Schelm. Dann glaub's mir, unterirdisch hat nicht mehr Gerechtigkeit von den großen Herren als die vornehmen Junker von ihnen.“

„Als die Reiter ihn ihnen näher kamen, und die alte den Kopf schüttelte, entweder um noch mehr zu erwidern, oder um den ganzen Schrecken, der es wirklich war, zu erkennen zu geben, schrie sie mit aller Kraft der Lunge: „Reiß dich, Mädchen, behörst du, sie nicht zu betreten, und die rote Hanna“

sand bald Grund, die Vorzeit, wenn auch um anderen Zwecken willen, zu heißen.

Die Reiter, in grobe Mittel und Friesmäntel bis über die Ohren herhüll, hielten hier an. Es waren ihrer drei, von denen aber nur zwei ihre Pferde regierten; denn der dritte, eine ungeschickte Figur, hing mehr auf seinem Sattel, als daß er ritt, und augenscheinlich hatten die andern beiden die Sorge um Nähe mit ihm, daß er nicht bei jedem Schritt herunterfiel. Aus dem Grunde auch machten sie hier anhalten, denn es war eine Vertiefung im Boden und sie konnten, im Schatten stehend nicht von den Mauertürmen aus gesehen werden. Der einschlief nun vorsichtig seine Lederlappe vom Gesicht zurück, redete das lange Gesicht mit der Adlernase in die Höhe und schaute sich um, weithin, nach der Stadt und nach den Feldern, und da ringsum nichts ihm zu Gesicht fiel, sprach er: „s ist reine Lust hier, Weibgo. Daß uns nun ratschlagen.“

Da gab der andere, der Weibgo genannt wurde, ein ähnliches wohlbeleibter Ritter, dem brünnen einen heißen Stoß in die Rippen: „Wach auf, Köpfe!“

Als Köpfe aber nur grunzte, lagte der erstere und sprach: „Der kommt nicht zu uns vor zwölf Stunden und mehr. Sie lieh ihm zu rechtschaffen einschreiten, bevor ich durch die Straßen zieh.“

„Wozum? Ich nicht?“ antwortete Weibgo. „Ich sage Euch, Dufo, wenn ich ihn nicht unter kriegte unter den Tisch, er wär Euch noch gestürzt durch die Straßen, und hätte gemeint, seine Klinge könnt' es allein aufnehmen mit Verita.“

„Der wilst!“ lachte Dufo. „Sie waren ja brünnen nicht weniger toll und voll.“

„Die Bestien aus, Dufo, welche Gelegenheiten sich ergeben zu lassen!“ sprach Weibgo mit der jungen Anmut.

„Sie kommt uns besser wieder“, lachte Dufo. „Das lang'en wir aber mit dem Schoten an?“

„Bel Condi Christophel!“ sagte der andere, „wenn sie Schweine aus Verita ausführen, es hätte uns nicht die Unruhe gelohnt, ihn zum Lot' raus zu lassen. Der Lot'wörter lieh ihn dafür passieren.“

„Sie haben noch fünf Stunden zu reiten“, hat Dufo ernst. „Die Nacht wird verflucht kalt, und ich habe keine Lust, ein länger so zu halten, und selbst zu erfrischen.“

„Weibgo hing vor, ihn fest zu binden auf das Pferd. Aber als sie damit umgingen, krochte (s) der Crusene mit dem letzten Viertel Bewußtseins, was ihm geübter war, und im Ringen mit seinen Freunden prüfte er vom Pferde. Für mußten auch sie flüchtend herunter. Ihr Versuch, ihn wieder aufzuheben, scheiterte. Er wehrte sich nicht mehr, sondern konnte sich am Boden, als die Reiter auf dem Rücken saßen, nicht mehr erheben.“

Ihre Aufmerksamkeit in hohem Maße zu ziehen. Neben den großen Berliner Wahlrechtskommissionen berichten die Londoner Blätter in langen Zeilegruppen, die, so vertrieben sie auch nach dem Parteistandpunkt gefärbt sind, alle darin übereinstimmen, daß sie den Ernst der Situation durchaus anerkennen. So meint der Korrespondent des „Daily Telegraph“:

Die sozialistische Demonstration von heute war mehr als ein Brandmal. Sie war geradezu erschreckend. Für diejenigen, die da glauben, daß die Organisation der Gesellschaft nach den Prinzipien von Marx ein Unglück für die Welt bedeuten würde, konnte es kein fürchterlicheres Schauspiel geben als diese ungeheuren schwarzen Massen der Berliner Bevölkerung, die in endlosen Reihen gleich einer unüberwindlichen Flut nach den Verfallungsdolken strömte.

Im Gegensatz zu diesen konservativen Stimmen rühmen die liberalen Daily News den 10. April als einen Tag des Volkstrieumphes und äußern sich besonders über die Disziplin der gewaltigen Massen.

Der Wahlfonds der Scharfmacher. In der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller konnte der Geschäftsführer Wueck mitteilen, daß dem industriellen Wahlfonds so reiche Mittel zur Verfügung gestellt worden sind, daß nach den nächsten Wahlen auf eine stärkere parlamentarische Vertretung der Interessen der Industrie zu hoffen ist. Unter starker Vertretung der Interessen der Industrie verstehen die Scharfmacher den Kampf gegen den Ausbau der Sozialgesetze und es ist beabsichtigt, daß sie sich diesen Kampf ein wichtiges Stück Geld kosten lassen wollen.

Umso mehr wird die Arbeiterschaft, der die Schätze und Trüben nicht zur Verfügung stehen, mit ihrer persönlichen Kraft und ihrer persönlichen Opferlust den Wahlkampf führen.

Der Berliner Polizeipräsident gibt sich große Mühe, sich gegen die Angriffe der scharfmacherlich-reaktionären Presse wegen der Genehmigung der Massenversammlungen vom 10. April zu verteidigen, er übersieht aber dabei, wie es scheint, daß ihm gerade seine Angreifer mit geradezu ungläublicher Ungeschicklichkeit das beste, unanfechtbarste Material zu seiner Rechtfertigung in die Hände spielen. Die „Post“ beginnt nämlich ihre Betrachtungen über den Verlauf des großen Wahlrechtssonntag mit den Worten:

Daß die geübten Massenversammlungen in voller Ruhe verlaufen würden, war vorauszusehen.

Die einleitenden Worte der Besprechung in der „Deutschen Tageszeitung“ stimmen damit fast wörtlich überein:

Die Aktion von der Sozialdemokratie veranstalteten Massenversammlungen unter freiem Himmel sind ohne Ausschreitungen verlaufen. Das war zu erwarten.

Und schließlich „Kreuzzeitung“ und „Reichsbote“ begannen ihren gleichlautenden Bericht folgendermaßen:

Die zum ersten Mal vom Polizeipräsidenten erlaubten Massenversammlungen haben gestern stattgefunden und sind selbstverständlich ruhig verlaufen. Nach allen vorangegangenen Ereignissen hat jeder, der einigermaßen mit sozialdemokratischer Taktik vertraut ist, dies voraussehen können.

Nach dem Gesetz darf die Genehmigung nur dann verweigert werden, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Nach dem übereinstimmenden Urteil der konservativen Presse lag eine solche Gefahr nicht im mindesten vor. Unter solchen Umständen wäre ein Verbot einfach eine gesetzwidrige Handlung gewesen.

Die konservative Presse gefiehlte jetzt, daß sie mit ihren Heftartikeln den Polizeipräsidenten zu einer groben Gesetzwidrigkeit verleiten versucht hat. Und nun lobt sie gegen ihn, weil er ihrer Aufreizung widerstanden und nach dem Gesetz gehandelt hat.

Reichstags-Dispositionen. Der Seniorenkonvent beriet über die Geschäftsliste des Reichstags und kam zu dem Übereinkommen, daß bis zum Tage vor Simelfahrt Sitzungen stattfinden sollen. Darauf soll die Vertagung des Reichstages bis Herbst eintreten, weil eine Reihe von großen Gesetzen sonst unter den Tisch fallen würden. Bis zur Vertagung soll zunächst beraten werden. Am Donnerstag der Gesetzentwurf über die Entlastung des Reichsgerichts, der deutsch-schwedische Handelsvertrag, sowie das Gesetz über Reichsbesteuerung. Am Freitag und Sonnabend sollen zur Beratung stehen die Reichswertwachsteuer und der Entwurf für die Fernspreckgebühren. Am Montag beginnt die Beratung der Reichsversicherungsordnung, deren erste Beratung drei Tage mindestens in Anspruch nehmen wird. Dann sollen die Initiativanträge, die sich mit der Veteranenunterstützung befassen, zusammengefaßt werden und an dem darauffolgenden Schwerinstage zur Beratung kommen. Ferner wird noch ein Gesetzentwurf erwartet, der Daten für die Kommissionen ausweist, die während der Vertagung des Reichstages weiter Sitzungen abhalten werden und zwar sollen die Kommissionen auch während der Vertagung beraten über die Strafprozeßordnung und die Reichsversicherungsordnung. Ferner wird gewünscht, daß die Wiedereinberufung des Reichstages für den Herbst nicht so spät erfolgen soll, wie in dieser Session, weil eine große Anzahl von Gesetzentwürfen vorliegen, die von der Regierung spät eingebracht worden sind und bei später Zusammenberufung des Reichstages wieder nicht erledigt werden könnten.

Der Schwereinstag, den der Reichstag am Mittwoch abhielt, fand völlig unter dem Zeichen des Jünstler- und Agrarierkonflikts. Der Schnapsbrot, in einzelnen Fällen noch durch Nationalliberale verstärkt, war eine wahrlich sehr beschuldene Petition um Senkung der Viehsteuern in den Papstentwurf, hielt dagegen eine jünstlerische Petition, die ausgerechnet von den Vöckermüllern ausgeht, gegen die Konsumvereine der parlamentarischen Eäre der Ueberweisung als Material für wichtig und bedroht durch Ablehnung einer fortwährenden Resolution gegen die Sozialföhrung der Futtermittel gegen seine Rücksichtlosigkeit, wo es sich um agrarische Interessen handelt. Unsere Genossen Scheidemann und Stolte, von denen der erste zur Viehsteuernfrage und der zweite zur Sozialföhrung sprach, nannten die Ueberweisung der Reichsregierung und der Reichsgelehrten gegenüber dem nimmermüden Agrarierstand beim rechten Namen, während die Genossen Hildebrand und

Scheidemann die jünstlerische Ueberweisung der Sozialföhrung geißelten, die zwar den Konsumbrot auszuföhren haben, wo es sich um Senkung handelt, aber die Unterföhrung der Arbeiter- und Konsumvereine zu fordern die fähigste Ueberzeugung haben. Jünstlerische und agrarische Interessen werden aus öffentlichen Geldern gestiftet, gegen Beamten- und Arbeiter-Konsumvereine macht man mobil. Das nennt sich ausgleichende Gerechtigkeit. Und doch wagen nicht einmal die Nationalliberalen, trotz ihrer hellenwollen besseren Einsicht den jünstlerischen Extravaganzen zu widerstehen. In der Frage der Sozialföhrung stellte sich Staatssekretär Demuth so unbedeutend auf agrarische Seite, daß er die Sozialföhrung der Ultramontanen und fortschrittlichen Schnapsbrotföhrer rechtlich verurteilte. Durch einen Schlußantrag wurde unsern alten Genossen Wegner das Wort abgeschnitten. An erster Stelle der Tagesordnung der Donnerstagssitzung steht die nationalliberale Interpellation über das Mittelmeer Eisenbahnunglück.

Aus der Wahlrechtskommission. Im Wahlkreis Saarbrücken ist der Nationalliberale Justizrat Polt in der dort üblichen Weise gewählt worden. Er erhielt 21884 Stimmen, der Zentrumskandidat 19188, der Sozialdemokrat 2922. In der Stichwahl setzte dann der Nationalliberale mit 22688 gegen den Zentrumskandidaten, auf den 21220 Stimmen einfielen. In dem gegen die Wahl eingelegten Protest wird nun ganz besonders auf die Verfassungsmäßigkeit in den staatlichen Beamten beschäftigten Gewerkschaften hingewiesen. Nach den angestellten Erhebungen sollten dem Abgeordneten Polt 1440 Stimmen abgezogen werden, wodurch seine Mehrheit blühföhrig geworden wäre. In der Sitzung der Wahlrechtskommission beantragte nun der nationalliberale Korreferent eine weitere Beweisaufnahme, während der Referent in störrischer Weise die Wahl beantragte. Letzterer Antrag wurde bei schwacher Vertretung der Kommission mit 5 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Damit war die weitere Beweisaufnahme beschloffen. Wenn es nun nicht gelingt, diese Beweisaufnahme zu beschleunigen und allem Anschein nach wird das etwas schwer halten, dann wird die Entscheidung über die Wahl des Herrn Polt im nächsten Winter fallen, vielleicht auch kurz, ehe der Reichstag selber geschlossen wird. Der Abgeordnete hat dann die ganze Legislaturperiode im Reichstag gefessen, hat dort bei allen Gelegenheiten mitgemacht, obwohl er nicht zu Recht gewählt war.

Die Wahlrechtskommission hat nunmehr einen Antrag an das Plenum des Reichstages beschloffen, wodurch es ermächtigt werden soll, daß dieser unpopuläre Standal, das angesehene Wissen nach Jahren noch nicht aufhoben hat, häufig verurteilt werden soll.

Neue Opfer der Wahlrechtsdemonstration. In Frankfurt a. M. wurde der Genosse Reinhold Dörfelins zu 500 M. Geldstrafe verurteilt, weil er sich bei der Wahlrechtsdemonstration vom 18. Februar gegen die preußische Ordnung vergangen haben soll. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Geföhrnis beantragt.

In Rönigsberg verurteilte das Schöffengericht 21 Personen wegen Hochrufen auf das Wahlrecht zu Strafen von 9 M. bis zu drei Wochen Haft. Wie unpopulär der Vorstehende war, zeigte sich daran, daß er noch vor der Beweisaufnahme die Wahlrechtsdemonstrationen als bröhrig bezeichnete.

Vor dem Schöffengericht in Mählhausen i. Thür. stand wieder ein Wahlrechtsdemonstrant. Beriae Woche beschäftigte das Gericht eine Polizeistraf von über 10 M., die ein Arbeiter wegen Hochrufen auf das Wahlrecht erhalten hatte. Erst im schied es gegenständig. Ein Genosse hatte bei der Strafdemonstration am 18. Februar ein Hoch auf das freie Wahlrecht ausgerufen und erhielt deswegen ein polizeiliches Strafmandat über 30 M. Das Schöffengericht sprach ihn frei, weil grober Unfug in dem Hoch nicht erblickt werden könne. Als Grund für diese, der früheren entgegengesetzten Entscheidung gab das Schöffengericht an, daß der Beschuldigte den sozialdemokratischen Zug nicht von Anfang an mitgemacht habe.

Die Kieler Wahlrechtsdemonstration vor dem Schöffengericht. Vor dem Schöffengericht hatte sich Dienstag der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Genosse Garbe, zu verantworten. Er soll am 15. März, an jenem Tage, wo die Kieler Arbeiterschaft einen halbtagigen Massenstreik inszenierte, und wo die Kieler Polizei durch ihr brutales Vorgehen so große Vordereen erzielte, einen polizeilich nicht genehmigten Aufzug nach dem Wilhelmplatz und dort eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet haben. Als einziger Belastungszeuge trat der Polizeikommissar Lange auf. Er führte aus, daß er aus den Worten, mit denen Garbe die vorausgehende Versammlung im Lokal „Waldröhr“ geschlossen, entnommen habe, daß ein Aufzug von vornherein geplant war. Garbe hatte zu den Versammlungsteilnehmern gesagt, sie sollten hinausgehen und ruhig abwarten, wie immer, und sich nicht provozieren lassen. Sie sollten gehen, wohin sie geföhrt würden. Auf dem Wilhelmplatz hätte die Menge dann wie wild getobt. Dort seien Reden gehalten und die Polizei mit „Blutbunde“ und „Feindlinge“ beschimpft worden. Das Gericht schenkte den Angaben des Polizeibeamten Glauben und verurteilte den Genossen Garbe zu einer Geldstrafe von 60 Mark.

Die technisch-industriellen Beamten und die Kommunen. Die technisch-industriellen Beamten, Gau Berlin, hielten am Sonntag einen Gantag ab, der sich mit den Wünschen und Forderungen der Beamten gegenüber den Kommunen beschäftigte. Es wurden drei Resolutionen angenommen. In der einen wird dargelegt, aus welchen Gründen die Verköhrung der tröhrlichen Angehörigen im kommunalen Leben eine dringende Notwendigkeit ist, und den Mitgliedern des Verbandes gleichzeitig zur Pflicht gemacht, sich eifrig hieran zu beteiligen. Die zweite und dritte Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Besonderheiten des technischen Berufes bringen es mit sich, daß die technischen Angestellten sehr oft außerhalb ihres Heimatlandes ihre Beschöhrung oder ihren Wohnort haben. Die Generalversammlung erklärt es deshalb für wöhrlichenswert, daß die Verköhrung der Landgemeindevorstände, wonach alle Angehörigen des Deutschen Reiches, die ein Jahr im Gemeinwesen wohnen, das Gemeinderat bezieht, auch auf die Stöhrordnung ausgedehnt wird. Die Generalversammlung ist deshalb den Vorstand, zweckdienliche Anträge an die beteiligten Körperschaften zu richten.

In einer erfolgreichen Verköhrung der technisch-industriellen Beamten in den Kommunen ist eine Aenderung der gegenwärtigen Gemeindevorstände notwendig. Die Generalversammlung fordert deshalb, daß das überlebte Hausbesitzerprivileg beseitigt und ferner das kommunale Wahlrecht seines plebiszokratischen Charakters entkleidet wird.

Wo werden die technisch-industriellen Beamten für diese Forderungen Vorgesetzten finden? Außer bei den Sozialdemokraten doch höchstens noch bei den Demokraten, die in den Gemeindevorständen und den Parlamenten noch keine Stimme haben.

Anzugsbedenken im Sanftabund. Die Beamten und Angestellten, die dem Sanftabund bei seiner Begröndung in großer Zahl beigetreten sind, scheinen a) möhrlich einzusehen, daß ihre Interessen im Sanftabund nicht gewahrt werden können. Wenigstens hat in einer Versammlung der Ortsgruppe Rixdorf des Sanftabundes ein Lehrer und nach ihm ein Handlungsgehilfe an die Leitung die Frage gerichtet, wie man sich dort die Mitarbeit der Angestellten denke. Den neugierigen Frager wurde erklärt, daß die Antwort darauf nur im Bureau des Bundes gegeben werden könne.

Ausland

Gegen den Ordensritzen. Der schweizerische Bundesrat erläßt eine Bekanntmachung über das Verbot der Annahme fremder Orden und Titel. Es heißt darin:

Artikel 12 der Bundesverfassung schreibt vor, daß im schweizerischen Vaterland weder ein Orden getragen, noch von auswärtigen Regierungen verliehene Titel geltend gemacht werden dürfen; es verbleibt allen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten die Annahme solcher Auszeichnungen. Vorläufige Ausnahmen. Zeit veranlassen den Bundesrat, erwidert normalerweise auf das in Artikel 12 der Bundesverfassung enthaltene Verbot aufstimmig zu

machen. Diese Verbot ist ein schweizerisches Bundesgesetz, durch welches die Annahme eines Ordensverleihung erfolgt. Solange ein Schweizer ein Mitglied eines Ordens ist, so ist er verpflichtet, diesen Orden zu tragen. Was den auch die im Ausland eingetragenen Ordens, vorzuziehen, so wöhr der Bundesrat gestattet, die Verleihung zur Beantwortung zu geben und eventuell ihren Ausschluß aus der Arme zu verweigern.

Was den auch die im Ausland eingetragenen Ordens, vorzuziehen, so wöhr der Bundesrat gestattet, die Verleihung zur Beantwortung zu geben und eventuell ihren Ausschluß aus der Arme zu verweigern.

Für die Regierungskandidaten im Kanton Bern hatte die herrschende freilichige Partei sich bereit erklärt, unter neun Regierungskandidaten einen sozialdemokratischen auf ihre Liste zu nehmen. Nicht genug, daß dieses Verhältnis der Städte unserer Partei durchaus nicht entspricht, verlangen die Freilichigen auch noch Einfluß auf die Person des Vorschlagenden und lehnten den von unseren Genossen benannten Fürsprecher J. J. J. ab. Darauf hat die sozialdemokratische Partei ganz verzichtet, ein Regierungskandidat von Bundes Gnaden bestellen zu lassen. Der Proporz, der auch hier unanfechtbar kommen wird, wird vor selbst eine gerechtere und wöhrigere Regelung bringen.

Ueber Straßennarben, die in Marseille stattfanden, werden folgende unkontrollierbare Meldungen verbreitet: Mehrere tausend Anstößige sogen unter Verköhrung der Internationalen durch die Straßen und richteten an mehreren Landbahnstationen schwere Beschöhrungen an. Daher kam es zwischen den Rastbüchern, den Truppen und der Gendarmerie zu einem ernstlichen Zusammenstoß. Mehrere Soldaten und Polizisten wurden durch Steinwürfe verletzt. Auch die Anstößigen hatten zahlreiche Verwundete. Zwanzig Verhaftungen wurden vorgenommen. Im Laufe der Nacht hielten mehrere tausend Arbeiter und Fahrlente eine Versammlung ab, in welcher sie sich verpflichteten, nicht zu arbeiten.

Sozialistische Bischöfe in England. Der Kanonikus Hicks, der zum Bischof der Staatskirche für Lincoln ernannt worden ist, bekennet sich, wie bereits seiner Köhrigen: Da Worte von Birmingham und Dr. Stubbs von Exeter, zum unerschrockenen Sozialisten sind. Er hat vor einiger Zeit in einer Versammlung, in der Genosse Philipp Snowden sprach, erklärt: „Ich bin überzeugt, daß alle Mittel der Erzeugung und Verteilung des Reichtums, in unserem Lande wie in der übrigen Welt, in den Händen des Volkes sein müßten, um durch das Volk für das Volk angewandt zu werden. In England hat der Sozialismus verhältnismäßig in den Reihen der Geistlichen nicht weniger, ja vielleicht mehr Anhang, als unter der Arbeiterschaft.“

Braunweinsteuer für Armeebegröhrung. Allmöhrlich erföhrt man einige Details über den Gesetzentwurf zur Reform der Reichsverteidigung, den die russische Regierung der Duma zugehen ließ. Der erste Teil des Entwurfes umfaßt die Begröhrung der finanziellen Frage. Der Finanzminister Kowalew versichert, daß zur Durchföhrung der Reform keine auswärtigen Anleihen notwendig seien. 60 Millionen Rubel will der Finanzminister durch Erhöhung der Braunweinsteuer erhalten, 40 Millionen aus einer neu einzuföhrenden Einkommensteuer, 30 Millionen aus der Erhöhung der Erbschaftsteuer; mit diesen 130 Millionen soll der Entwurf finanziert werden. Der zweite Teil umfaßt die Anstößung der verschiedenen Armeereformen, der dritte den Plan zur Schöpfung der neuen Marine, für die der Neubau von sechs Panzerschiffen, sechs Kreuzern und einer Reihe Hilfschiffe in Aussicht genommen sind.

Das Volk wird ausgeföhrdet für Militärprojekte — darin sind Rußland und Preußen einig.

Einer neuen russischen Besetzungssaffäre, bei der Schmergelber in Höhe von 60 Mill. M. in Frage kommen sollen will die Moskauer Zeitung „Utro Rossija“ auf die Spur gekommen sein. Es handelt sich um die Konzession zur Realisierung des grandiosen Projektes einer Verbindung der Dnieper mit dem Schwarzen Meer. Eine Besetzungssaffäre sollten einflußreichen Persönlichkeiten ausfallen. Verköhrte von ihnen, sollten auch schon ihre Bereitwilligkeit, dem Projekte zu dienen, erklärt haben, während sich andere abweisend verhielten. Wenn man die besseren Gesellschaftskreise Rußlands eine große Spitzbuben-Gesellschaft nennt, sagt man wirklich nicht zu viel.

In der Strohhutindustrie in New York sind ungerötet die Putzmacherinnen, die das Wärrchen besorgen, rund 6000 Arbeiterinnen beschäftigt. Die offizielle Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Aber in der Saison wird Arbeit mitgegeben und die Arbeitszeit in der Heimarbeit häufig auf 14-16 Stunden verlängert, womit dann 6-8 Dollars die Woche verdient werden. Zur Entschödrung für diese unter ungeländesteten Bedingungen geleistete Ueberarbeit dürfen die Arbeiterinnen sich in der mehrere Monate dauernden heißen Zeit gröhrlich erholen und ihre Renten vergrößern. Daß die Unbedulose unter diesen Arbeiterinnen stark grassiert, nimmt danach kein Wunder.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Ueber die Schuld an sozialdemokratischen Erfolgen geraten sich die ober-schlesischen Zentrumsblätter in die Haare. Die Polen schieben die Schuld auf den Volkserrat des Zentrums, die Zentrumsblätter auf die „wöhrige Hehe“ der Polen. Die „Schlesische Volkszeitung“ fällt ziemlich enttäuscht über Konstanty her:

Die Früchte der Konstanty'schen Verköhrungsarbeit in Oberschlesien fangen an zu reifen. Die „Katholik“-Blätter bringen über dieses Thema unter der Ueberschrift „Die Folgen der fünfjährigen Arbeit“ einen Artikel, in dem ausgeföhrte wird, daß in Baulsdorf bei Jozze dank dem Gegenüber politischer Lager als tertius gaudens bei den jüngsten Gemeindevahlen ein Sozialdemokrat aus der Wahl hervorgegangen, zum ersten Male in Oberschlesien! Und in Baulsdorf im Kreise Katowitz, gleichfalls zur Domäne Konstanty's gehörig, erhielt bei den letzten Gemeindevahlen der Sozialdemokrat 10 viel Stimmen, das ist ein Meistgewählter geworden ist. Das ist, meinen die Gegner der Konstanty'schen Wöhrarbeit, ja einwöhrlich ein ganz hübscher, vielbeschreibender Anfang!

Warum der Streik? Wir hoffen auch, daß das nur ein hübscher, vielbeschreibender Anfang ist — aber das Hauptverdienst dabei geböhrt doch der eigenen Arbeit der Genossen und nicht der Reklame der Fremden. Katholische Anstößler — liebt einander und reißt Euch nicht die Haare aus. Die Sozialdemokratie macht ihre Fortschritte sowieso!

Sitzber. 14. April. Brandstiftung. Durch Brandstiftung entstand Mittwoch Morgen 1/4 Uhr im Hause des Zimmermanns Schöls Feuer. Die Feuerwehre war bald zur Stelle und verköhrte eine Katastrophe. Dabei wurde festgestellt, daß an 5 verschiedenen Stellen Brandherde gelegt waren; und zwar waren 5 Eimer mit Benzin und Terpentin gefüllt und mit Strohmärrchen herauf angezündet. Sogar im Pentade fand sich ein solcher Eimer vor, der in der Eile aus dem Hause weggetragen worden war. Ebenso war die Wasserleitung abgedreht. Drei Brüder konnten sich nur durch einen verzweifelten Sprung aus dem Fenster vor äußerster Gefahr retten. Als Täter kamen der Metzger Schöls und dessen Stiefsohn, Ladewitz Fyech, in Verdacht und wurden sofort verhaftet.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Müller. — Redaktionen und Expeditionen: Neue Straßburger Straße 11. — Verlag von Walter Schöls. — Druck von H. Schöls, S. u. H. S. — Druck in Dresden. — Seiten 2. Blatt.

Dreslauer Nachrichten.

Dreslau, den 14. April.

Geschichtskalender.

14. April.

1865 Ermordung des Präsidenten der nordamerikanischen Union, Abraham Lincoln, in Washington.
1871 Die Reichsverfassung wird vom Deutschen Reichstag angenommen.
1907 Der Dichter und Literaturhistoriker Adolf Stern (Ab. Ernst) in Dresden †.

15. April.

1859 Der Dichter Simon Dach in Königsberg i. Pr. †.
1832 Wilhelm Busch in Wiedenbrunn (Dannover) †.
1887 F. Dieffenbach †.

Ein „Geniestreich“ gegen den Sozialdemokratischen Verein

Ist von der Dreslauer Polizei anlässlich des zwanzigjährigen Stiftungsfestes verübt worden, das der Verein am Neujahrstage im Gewerkschaftshause beging. Genosse Neukirch hatte die Feier, die aus einem Konzert der Komposition des Stadttheaters, Rezitationen, ausgeführt von Mitgliedern der vereinigten Theater, Gesangsvorträgen der Dreslauer Arbeiter-Liedertafel und einer Festsprache des Genossen Schütz bestand, aus steuerpolizeilichen Gründen angemeldet und, wozu er gar nicht verpflichtet war, ein Programm mit eingereicht. Dieses eine Programm wurde der Polizei überreicht. Zwar hätte sie sich leicht ein zweites Exemplar erziehen können, doch die Polizei nimmt von Sozialdemokraten keine Geschenke. Sie deckte ihren Bedarf vielmehr auf die Weise, daß der Kriminalschutzmann Gustav Alder, Augustastrasse 6, ein Mann von vertrauenswürdigem Reputieren, nach dem Gewerkschaftshause geschickt wurde, wo es ihm gelang, ohne sich als Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu legitimieren, auf Grund seines vertrauenswürdigem Reputieren von einem Angestellten zwei Programme zu erhalten, die er mit 40 Pfg. prompt bezahlte. Vielleicht wäre er am Neujahrstage von den Genossen, die am Saaleingange die Kontrolle übten, und die einen schärferen Blick dafür haben, was in den Sozialdemokratischen Verein gehört oder nicht, zurückgewiesen worden. Aber er kam gar nicht zu der Feier; die Polizei hatte sich vielmehr in 40 Pfg. Unkosten nur deshalb gestürzt, um nachweisen zu können, daß die Veranstaltung eine „öffentliche“ gewesen sei. Genosse Neukirch erhielt denn auch bald darauf einen Strafbefehl über 25 Mark. Er sollte durch Nichtanmeldung der Veranstaltung als „öffentliche politische Versammlung“ das Vereinsgesetz übertreten haben und außerdem auch eine hochwichtige Polizeiverordnung insofern, als er die Texte der Lieder und Rezitationen nicht eingereicht hatte.

Auf den erhobenen Einspruch hat sich jetzt das Schöffengericht mit der Angelegenheit beschäftigt. Genosse Neukirch wendete sich hier insbesondere dagegen, daß es sich um eine öffentliche Veranstaltung gehandelt habe. Der Sozialdemokratische Verein zählte damals 7000 Mitglieder; im Saale des Gewerkschaftshauses war aber nur Raum für 1500 Festteilnehmer. Es konnte mithin nur ein Bruchteil der Mitglieder an der Feier teilnehmen und es war dem Vorstände ganz gewiß nicht darum zu tun, um den Saal zu füllen jedermann hinzuzulassen, wie es bei anderen Vereinen vielfach zu sein pflegt. Die gehaltene Festsprache sei auch nicht als politisch anzupreisen, vielmehr habe der Redner einen historischen Rückblick auf die Entwicklung und die Kämpfe des Vereins gegeben.

Der Rechtsanwalt wand an plädierte für Freisprechung. Die Veranstaltungen des Sozialdemokratischen Vereins könnten nicht als öffentliche angesehen werden, denn der Verein erstreckte sich auf ein bestimmt umgrenztes, räumliches Gebiet. Auch bedingte die ganze Natur des Vereins, daß nur Mitglieder

an dem Feste teilnehmen sollten. Ueberdies sei die Versammlung angemeldet worden und für Anmeldungen schreibe das Gesetz nicht vor, daß diese die Worte „öffentliche politische Versammlung“ enthalten müßten. Diese Bestimmung sei vielmehr nur für öffentliche Anordnungen getroffen. Schließlich liege auch gar kein Anhalt dafür vor, daß die Festsprache eine politische im Sinne des Vereinsgesetzes gewesen sei. Bei den Rezitationen habe es sich um Werke bekannter Dichter gehandelt, sodaß sich die Einreichung des Textes erübrigt hätte.

Genosse Neukirch wies noch darauf hin, daß der Sozialdemokratische Verein bei früheren ähnlichen Veranstaltungen unbehelligt geblieben ist. Als er nur 300-400 Mitglieder zählte und auf Gäste angewiesen war, ist es der Polizei nicht einmal in den Sinn gekommen, seine Veranstaltungen als „öffentliche“ anzusehen. Um wieviel weniger könne das heut der Fall sein, wo der Verein nicht mehr allen seinen Mitgliedern bei Festen Raum gewähren könne und Fremde gar nicht bei sich haben wolle.

Das Urteil lautete trotz alledem auf 15 Mark Geldstrafe. Die Beziehungen der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins zu einander seien so „lose“ und der Erwerb der Mitgliedschaft an so „leichte Bedingungen geknüpft“, daß der Verein bei seinen 7000 Mitgliedern nicht mehr den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft habe. Die Festsprache in einem politischen Verein sei zweifellos auch politisch gewesen und zur Einreichung der Texte verpflichtet.

Das Urteil ist wahrhaftig nicht aus den Erfahrungen des Lebens geschöpft. Wie fest der Zusammenhang der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins ist, das zu beobachten hatten Polizei und Gerichte, wie wir glauben, in den letzten Wochen gerade genug Gelegenheit. Es wird deshalb Befremdung gegen das so merkwürdig begründete Urteil eingelegt werden. Den Schutzmann Alder aber, aus der Augustastrasse 6, werden die Funktionäre, wenn er nochmals zu uns kommen sollte, die Treppe hinunterwerfen.

Gerichtliche Jugendaufklärung.

Der siebzehnjährige Kutscher Arthur G. hat in der Volksschule, wie alle Schüler, die Gesetze auswendig gelernt, die Moses seinem Volke am Berge Sinai gegeben hat. Vom deutschen Strafgesetzbuch, von den Landesgesetzen, den Oberpräsidial-, Regierungspräsidial-, Landesrats- und Polizeiverordnungen und all den Dingen, die ein guter Preuze gewissenhaft beachten muß, damit es ihm wohl gehe auf Erden, hatte man ihm in der Schule aber keinerlei Mitteilung gemacht. So mußte er auch nicht, daß man auf den Straßen von Breslau, ganz wie es zu häufig ein Schutzmann will, stehen bleiben oder — Lauffreie machen muß. In diesem einen Punkt ist er jetzt vom Gericht ausreichend aufgeklärt worden.

Am 6. Februar kam er zufällig die Ostauerstraße entlang, als der bekannte Polizeikommissar Thiele die letzten Schwärme von Wahlrechtsdemonstranten auseinanderjagte. Er ritt dabei, wie üblich, auf dem Trottoir, und rief unangekündigt: „Schneider gehen, Schneider gehen!“ Der jugendliche Kutscher lief dicht am Hause und mußte nicht, warum auch er etwa schneller gehen sollte. Er glaubte vielmehr, das Trottoir sei breit genug, sodaß der Kommissar bequem an ihm vorbeireden könne. Er fühlte auch etwas wie Angst, daß der Kommissar ihn etwa beim Vorbeireden verletzen könne, weshalb er sich einmal umschah. Nun wurde er verhaftet und zur Anzeige gebracht, weil er „gehört“ haben und gegen einen polizeilichen Befehl „ungehorsam gewesen“ sein sollte! Er bestritt, „gehört“ zu haben, und als sich schließlich herausstellte, daß er gar nicht zu den Demonstranten gehört hatte, wurde jener Vorwurf gegen ihn von der Polizei als

irrtümlich zurückgenommen. Dagegen mußte er sich jetzt wegen — Ungehorsams vor dem Jugendgericht verantworten. Hier wurde er mit drei Mark Geldstrafe belegt und außerdem hat er die nicht unerheblichen Kosten für die Belehrung zu zahlen, daß man auf der Straße nicht so laufen darf, wie man will, sondern wie die Polizei es will.

* Eisenbahner als Konkurrenten der Transportarbeiter. Folgender Briefwechsel geht uns zu:

Dreslau, 16. 3. 10.

An die Königl. Eisenbahndirektion zu Breslau.
Der erg. Unterzeichnete wurde von unserer Liegnitzer Mitgliebschaft beauftragt, hochbereits mitzutheilen, daß zurzeit in Liegnitz bei der Firma Sped. Heinrich Langner 5 Arbeiter der Eisenbahnverwaltung Liegnitz (Rangierer), die in der Nacht Dienst gehabt haben, tagsüber mit Möbeltransportarbeiten beschäftigt werden, während eine große Anzahl Liegnitzer Arbeiter — insbesondere aus der Speditionbranche — ohne Arbeit ist.

Abgesehen davon, daß doch unmöglich auf die Dauer von einigen Tagen ein Mensch Tag und Nacht arbeiten kann, ohne an seiner Gesundheit Schaden zu nehmen, und auch den Dienst wohl kaum ordnungsmäßig versehen kann, ist es doch nicht zu billigen, daß dadurch den ohnehin arbeitslosen Arbeitern, die auch Steuern zahlen müssen, eine unzulässige Konkurrenz durch Staatsarbeiter gemacht wird. Allerdings begründen die Betreffenden ihre Handlungsweise mit ihrem niedrigen Verdienst.

Ich bitte deshalb die Königl. Eisenbahn-Direktion erg., anzuordnen, daß die Arbeiter halbtags zurückgezogen werden, da es, wie schon gesagt, in Liegnitz arbeitslose Arbeiter ohnehin genug gibt.

Schachtingsboill

H. Zimmer, Gauvorsitzer, Gau 2 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Darauf lief nach drei Wochen folgende Antwort ein:

Dreslau 2, den 6. April 1910.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Geschäftszeichen A. 3. 25.

Zum gef. Schreiben vom 16. v. Mts.

Nach den von uns angefertigten Erhebungen sind im vergangenen Vierteljahre einige Rangierer der Station Liegnitz von der Firma Langner einmal mit Möbeltransportarbeiten beschäftigt worden. Diese Eisenbahnbediensteten sollen von der Firma aus Mangel an anderen geeigneten Arbeitern herangezogen worden sein.

Wir haben den in Frage kommenden Arbeitern unterlagt, ähnliche Arbeiten wieder zu übernehmen.

Stöling.

An den Deutschen Transportarbeiter-Verband Gau 2 für Schlesien und Posen, Breslau.

Der Transportarbeiterverband hat schon früher, auch in anderen Städten, wegen ähnlicher Vorkommnisse Beschwerde erheben müssen. Besser freilich wäre es noch, die Eisenbahner würden energisch für bessere Bezahlung kämpfen, damit sie leichter auf derartige Nebenarbeiten verzichten könnten.

Eine Konferenz schlesischer Töpfer

lagte im Gewerkschaftshause am Sonntag, den 10. April d. J., einberufen vom 3. Gau des Zentralverbandes der Töpfer. Zur Beratung stand: 1. Die Dresdener Generalversammlung und die hierzu aus dem Gau gestellten Anträge. 2. Sonstige Angelegenheiten. Anwesend waren 30 Delegierte aus fast allen Orten des Gau's. Nur Krenitz, Trebnitz, Schweidnitz und Gnesen waren nicht vertreten. Den Zentralvorstand vertrat Redakteur Schmitz-Berlin.

Einleitend führte Gauleiter Dossog aus, daß die Verhandlungen der bevorstehenden 9. Generalversammlung von sichverwiegender Bedeutung seien. Von Wichtigkeit sei das sich überall geltend machende Bestreben, Gegenseitigkeitsverträge mit den Unternehmerorganisationen abzuschließen. Die Verschmelzung des Töpferverbandes mit den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter sei zu wünschen. Aber angesichts der noch vorliegenden Schwierigkeiten werde die Frage vorläufig der Zeit

Aus aller Welt.

Der Abenteuerprophet Karl May. Interessanter als durch seine zahlreichen Schriften ist Karl May durch die Verhandlung geworden, die sich vor dem Schöffengericht Charlottenburg abspielte. (Siehe den Bericht an anderer Stelle des Blattes.) Was man dort aus Karl Mays Privatleben erfuhr, übertrifft alles, was dieser Mann als Gebilde der Phantasie schuf, an romantischem Gehalt. Karl May hat fast das siebzehnte Lebensjahr erreicht. Seine scharf geschnittenen Züge nahmen, wenn er in Erregung geriet, einen fast krankhaften Ausdruck an. Trotz seiner angeblichen Weltgewandtheit benahm er sich vor Gericht nicht gerade geschickt, und wie ihn sah, konnte ihn kaum für den fruchtbarsten Schriftsteller halten, der er in der Tat ist. Von einer Verteidigung gegen die schweren Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, war nichts zu hören. May beschränkte sich nur darauf, zu erklären, daß alles nicht wahr sei, und er nicht die Vorstrafen erlitten habe, die man ihm andichten wolle. Er verwahrte sich schließlich eine große Verteidigungsrede, die eine oder zwei Stunden dauern sollte, aber es blieb bei dem Versprechen. — Karl May wurde in Pöhlenstein-Ernstthal bei Zwidau als Sohn einer Gebirgsweibin geboren. Nach einem bewegten Jugendleben wandte er sich der Schriftstellerei zu, die ihm schließlich die Bekanntheit vieler Fürstlichkeiten einbrachte. Die Prinzessin von Waldenburg, eine fromme Dame, und ihn mächtig auf den Schloß ein und laschte seinen erfindenen Erzählungen. Vor einigen Jahren siedelte Mai nach Dresden über.

Entsetzliches Unglück. In Lünen bei Dortmund ereignete sich ein entsetzliches Unglück. Das dreijährige Töchterchen Kleiner spielte auf der Straße mit einem Ball. Da entrollte der Ball seinen Fäden und fiel auf der Straße vor einem überfahrenden schwer beladenen Lastwagen nieder. Das Mädchen lief hurtig hinzu, um den Ball aufzunehmen, konnte aber nicht mehr rechtzeitig zurück, sondern wurde von den Rädern erfasst. In demselben Augenblick sprang die sechsjährige Schwester der kleinen Ballspielerin hinzu, um diese von ihrem Schicksal zurückzuhalten. Beide Kinder gerieten unter die Räder und wurden buchstäblich zermalmt. Das breite Rad des Wagens dem kleineren Mädchen quer über den Kopf, zerquetschte es vollständig, der Tod trat auf der Stelle ein, dem größeren Mädchen ging ein Rad mitten über den Leib und trennte den Körper in zwei Hälften. Auch dieses Kind war sofort tot. Den Mann soll an dem schrecklichen Unglücksfall keine Schuld

Verhängnisvoller Brand. In Nees am Niederrhein entstand Mittwoch vormittag in dem Hause des Sattlers van der Woiter ein Feuer, das, von starkem Winde begünstigt, bald größeren Umfang annahm und sich auch über die Nachbargebäude verbreitete. Die Frau des Sattlers, die erst vorgestern einem Kinde das Leben gegeben hatte, verbrannte mit ihrem Kinde, bevor jemand den Brand bemerkte. Drei Feuerwehrleute, die die Frau zu retten versuchten, wurden von dem einströmenden Gase getrieben und man konnte sie nur schwer verletzt bergen.

Explosion in einer chemischen Fabrik. Mittwoch vormittag ist in den Betriebsräumen der Bochumer chemischen Industrie-Aktiengesellschaft in der Abteilung für Schwefelsäure- und Sulfatfabrikation aus bisher unbekannter Ursache ein großer Brand ausgebrochen, der die gesamten Anlagen gefährdet. Man glaubt, daß das Feuer durch eine Explosion, hervorgerufen durch Probeversuche mit Naphthalin-Feuerung, entstanden ist, wobei sich die entwickelten Gase entzündet haben müssen. Der ganze Dachstuhl der Fabrik ist bereits ausgebrannt. Bei dem Brande haben einige Feuerwehrleute schwere Brandwunden erlitten.

Folgen einer Soldatenmishandlung. Vergangenen Sonnabend hatte sich das Kriegsgericht in Halle mit einer Soldatenmishandlung zu beschäftigen, die beim Halberstädter Kürassierregiment vorgekommen war. Der Rittmeister Seubert wurde zu sieben Tagen Stubenarrest, der Leutnant v. Rutenau zu drei Tagen Stubenarrest verurteilt; der Rittmeister hatte Meidungen über Mishandlungen nicht weiter gegeben und der Leutnant hatte sich an den Mishandlungen beteiligt. Zwei Unteroffiziere und zwei Sergeanten erlitten ferner je sechs Wochen Mittelarrest, für zusammen 155 Fälle von Mishandlungen und 181 Fälle vorchriftswidriger Behandlung. Nun wird gemeldet, daß die beiden verurteilten Offiziere ihre Entlassungsgesuche eingereicht hätten. Den Herren scheint die ihnen zu Teil gewordene milde Strafe noch zu hoch zu sein. Andererseits wird berichtet, daß die fortschrittliche Volkspartei im Reichstag eine Interpellation wegen der außergewöhnlichen Milde des Urteils einbringen wolle.

Ein Soldatenmishandlung. Der Vizefeldwebel Reichert vom Franzer-Regiment in Berlin wurde vor einiger Zeit der Soldatenmishandlung schuldig und vor das Kriegsgericht gestellt. Er klagte hartnäckig, einem Gesirten zwei Fußstöße verjagt zu haben, er blieb auch dann noch bei seiner Ansicht, nachdem ein

raden fast täglich mißhandelt habe. Häufig habe der Beschuldigte den Mannschaften Schläge ins Gesicht verjagt und sie mit Füßen getreten. Auf Grund dieser Aussage wurde die Verhandlung vertagt und eine eingehende Untersuchung angeordnet. Es wurden hierbei 36 Fälle von Mishandlung, die zumteil unter Mißbrauch der Waffe begangen worden sind, eine Reihe von Beleidigungen und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener durch den Feldwebel ermittelt. Die neue Verhandlung am Montag fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte wurde zu der äußerst milden Strafe von 6 Wochen gefängnis verurteilt.

Das Dritte Opfer. Zu dem Unglück auf Seehe Lufas bei Dortmund wird noch berichtet, daß nunmehr auch der Bergmann Palan in seinen Verletzungen erlegen ist. Das furchtbare Unglück hat somit drei Todesopfer gefordert.

Eisenbahnfrevel. Zwischen den Stationen Siertrabe und Neumühl im Ruhrrevier wurde versucht, einen Personenzug zum entgleisen zu bringen, indem Kleinschlag auf das Geleise gestreut wurde. Das Hindernis wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt und als Täter wurde ein Steinjäger, sowie zwei sechsjährige Schüler ergriffen, die schon ein Geständnis abgelegt haben.

Der Vater erschossen. Aus Düsseldorf wird geschrieben: Ein verhängnisvolles Familiendrama spielte sich dort am Abend des 6. Januar in der Wohnung des Fabrikarbeiters Franz Tromberens ab. Tromberens war ein starker Alkoholiker, der sowohl seine Frau wie seine Kinder in rohester Weise zu mißhandeln pflegte. Auch am Abend ging er auf seine Frau und seinen sechsjährigen Sohn Peter mit dem gezackten Messer los. Der Sohn feuerte aus einem scharfgeladenen Revolver sechs Schüsse auf seinen Vater ab; eine Kugel drang ins Gehirn und hatte den Tod des Verletzten zur Folge. Der Täter hatte sich gestern vor dem Jugendgerichtshof wegen vorfälliger Stimmung zu verantworten; es wurde ihm alleinigt ein gutes Zeugnis ausgestellt und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß den Sohn nur hohe Erregung zu der Tat veranlaßt habe. Der Staatanwalt beantragte sechs Jahre Gefängnis, die Verteidigung plädierte auf Nothwehr. Das Gericht erkannte auf drei Jahre Gefängnis.

Zum Tode verurteilt. Aus Saarbrücken wird gemeldet: Der Arbeiter Carlos Gilardi, der in der Nacht zum 25. Mai vorigen Jahres den Arbeiter Johann Teik erschossen und betrauert hatte, ist vom Schwurgericht Saarbrücken wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden.

Die Entführung im A. 2. Ueber eine romantische Entführung berichtet dem A. 2. folgendes Telegramm aus Hamm in Westf.: In Dübberg bei Werl in Westf. meldete sich am Montagabend bei der Polizei ein etwa 20 Jahre altes junges Mädchen, das entführt worden sei. Sie habe in Dübberg einen

Abgeschlossen werden müssen. Mit der Arbeitslosenunterstützung müsse man sich befassen. Selbstverständlich ist die Vorlage des Zentralvorstandes abzuwarten. Das Unterstützungswesen müsse möglichst ausgebaut werden. Verschiedene Einrichtungen genügen den heutigen Verhältnissen nicht mehr. Der Paragraph über die Arbeitslosenunterstützung sei zu bestrafen.

§ 4 in 1. Berlin: Eine Reihe der zur Generalversammlung gestellten Anträge sind mit wenig Sachkenntnis abgefaßt. Auf einzelne Punkte kann das Verbandsstatut nicht abgefaßt werden. Im Statut dürfen nur die Interessen des Gesamtverbandes zum Ausdruck kommen. Bezüglich § 3 des Statuts kann das Nachzahlen der 13 Wochen durch Verlängerung der Karenzzeit ersetzt werden. Das ist als Strafe besser angebracht. Die Arbeitslosenunterstützung ist zu verbessern. Andererseits muß aber der Verband vor Ausplünderung geschützt werden. Die Arbeitslosenunterstützung ist wegen fast unmöglicher Kontrolle kaum haltbar. Hier wird den örtlichen Fonds schließlich eine Aufgabe zufallen. Bei der Ungenügsamkeit kann die Entfernung von 25 Kilometer nicht überbachtet werden. Die Arbeitslosenunterstützung kann bei minimaler Beitragserhöhung verbessert werden. Die Zahlung der ersten drei Tage ist bedenklich wegen der unvernünftigen Mehrzahlung. Besser sind 13 Wochen Bezugsdauer. Wenn die Arbeitslosenunterstützung höher sein soll, müssen ebenfalls höhere Beiträge gezahlt werden. Vom ersten Tage ab Arbeitslosenunterstützung zu geben, ist nicht anständig. Hier muß mehr Idealismus vorherrschen. Die Einstellung dieser Unterstützung nach der Dauer der Mitgliedschaft ist nicht durchführbar. Die Einstellung in den eigenen Reihen würde darunter leiden. Die Beiträge müssen besser nach dem entsprechenden Verdienst geleistet werden. Viele Tausend Mark gehen durch falsche Einschätzung dem Verbande jährlich verloren. Die Einstellung von Gauleitern muß erfolgen. Die jetzigen Zustände sind nicht mehr erträglich. Zur Arbeitslosenunterstützung wird der Zentralvorstand eine Vorlage einbringen. Man mag dieselbe in Ruhe abwarten. Die Verschmelzungsfrage muß erst ankreisen. Zu beachten ist hierbei aber stets: Der Verschmelzung, nicht der Verschmelzung. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder Zusammenfassung zu einem Kameraderverband oder es beim alten zu belassen.

In der Diskussion treten fast sämtliche Delegierte für Anhebung von Gauleitern ein. Ebenso sprechen sich die meisten Orte für Ausbau des Unterstützungswesens aus unter Vermeidung einer entsprechenden Beitragserhöhung als notwendige Folge. Im besonderen sprechen sich Schneider-Kattowitz für, Steiersitz-Posten mit Vorbehalt, Seifersitz-Posten. Roll und Schneider-Breslau, Schmid-Brieg und Seifersitz-Langensals gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Steiersitz-Posten bestrafen die Gegenleistungsbeträge. Adlung-Grünberg wünscht die Staffellung aller Unterstützungswesen. Die 40 Mark bleibt bestehen. Schmid-Brieg ist für Abschaffung derselben. Seifersitz-Posten verlangen den Ausschluß solcher Mitglieder, die abichtlich ihre Beiträge nicht dem Verdienst entsprechend entrichten. Preller-Grißberg will eine Erwerbslosenunterstützung. Schneider-Kattowitz und Steiersitz-Posten bestrafen die Verschmelzung. Gauleiter Bösch legt die Gründe dar, weshalb die Arbeitslosenunterstützung auf der Berliner Generalversammlung abgelehnt werden muß. Heute sind die Verhältnisse günstiger für deren Annahme.

Zum Schluß die Diskussion. Zumit-Berlin spricht seine Verteidigung über die Verhandlungen des Göttinger aus. Unannehmlich ist zum Ausdruck gekommen, daß, wenn der Verband mehr leisten soll, ihm auch die nötigen Mittel dazu gewährt werden müssen. Die heutige Tagung wird eine Richtschnur für die 9. Generalversammlung bilden. — Darauf werden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

Die Konferenz des 3. Ganges vertritt den Standpunkt, daß die Unterstützungseinstellungen innerhalb unseres Verbandes — mit Ausnahme des § 5a unseres Statuts — möglichst ausgebaut und wo angängig flächenweise abgefaßt werden. Sie erwartet von der Präsidenten-Generalversammlung, daß sie in diesem Sinne arbeitet, empfiehlt jedoch bezüglich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung größtmögliche Zurückhaltung und eventuelle Herabsetzung derselben. Die Konferenz verheißt sich keineswegs, daß mit dem Ausbau der Unterstützung auch die Beiträge erhöht werden müssen. Ferner ist dies fordern als unbedingte Notwendigkeit an, weil durch die Unterstützungseinrichtungen die Kampfkraft unseres Verbandes nicht beeinträchtigt werden darf.

Die Konferenz des 2. Ganges steht in Ermüdung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte auf dem Standpunkte, daß die Anstellung bedenklicher Gauleiter durch unseren Verband nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann. Sie erwartet deshalb von der 9. Generalversammlung in Dresden, daß der Vorstand des Zentralvorstandes bezüglich der Anstellung von Gauleitern in vollem Umfange Rechnung getragen wird.

Bei Punkt 9 der Tagesordnung wird in der Hauptversammlung die Agitation in Oberhessen besprochen. — Gauleiter Bösch auf die Organisation.

einem Arzte in Dienst und sei während eines Spazierganges in einem Automobil von maskierten Männern gewaltsam entführt worden. Die Automobilfahrer hätten sie darauf durch das Aufsteigen einer Maste heilüber und ein Sinken der Maste wieder ausgelegt worden und habe sich bis Suberg geschleppt. Die sofort eingeleiteten Retter der Polizei nach den mysteriösen Automobilisten sind bisher erfolglos geblieben.

Selbstmord eines deutschen Studenten in Paris. Ein deutscher Student Ernst Jahn hat, nach einer Mitteilung des „Paris-Journal“ in der Seine den Tod gesucht. Der junge Mann erkrankte vor mehreren Tagen im deutschen Konsulat, wo er einen erregten Eindruck machte. Er schien durch Überarbeitung nervös geworden zu sein. Bald nach dem Besuch wurde er als verstorben bei der Polizei gemeldet. Am Dienstag landete man seine Leiche am Pont Neuf aus der Seine. Der Leiche in der Student der neuen Sprachen Ernst Jahn aus Gera. Er hielt sich zu Sprachstudien in Dijon auf, von wo er seit zwei Wochen nutzlos vermisst wurde. Da er namhafte Geldmittel zurüchschöpfte man sofort Verdacht und benachrichtigte seine Angehörigen, die auf seine Ermittlung eine Belohnung von 500 Mark aussetzten.

Stabsarztverleumdung. Nach einem Telegramm der „Deutschen Kabelagentur-Gesellschaft“ aus Kairo freuten dort 4000 Studenten der Universität Al-Azhar. Sie verlangen tüchtigere Lehrer, Berghebung der Bibliothek und gewisse Anstaltungsprivilegien. Die Regierung hat die Schlichtung des Streits dem Universitätsrat überlassen. Es herrscht vollkommenste Ruhe.

Ein neues Schicksal. Der Telegramm der „Paris-Journal“ über den Selbstmord eines deutschen Studenten in Paris. Es zeigt um 132 Uhr mitteleuropäischer Zeit ein, welches seine Höhe um 2.15 Uhr und während im ganzen etwa 2 Stunden. Der Ausfall der Nadel betrug bis 3/4 Zoll. Der Tod des Lebens wird in einer Entfernung von etwa 700 Kilometern zu finden sein.

Der Handmensch in Genthin. der kürzlich an dem Schneidermeister Bösch, seiner Frau und seinem Stiefsohn verhaftet wurde, beschließt nach immer die Kriminalhistorie. In Anwesenheit bei Oberberg ist einem Telegramm zufolge unter dem Verdacht, an dem Handmensch beteiligt zu sein, der polnische Arbeiter Edward Lejch an sich verhaftet und in das Ostpreussische Gerichtsgebäude eingeliefert worden. Lejch ist in der letzten Zeit in Genthin gearbeitet und auch den Schneider Bösch gekannt. Der Verdacht wurde dadurch auf ihn gelenkt, daß er eine große Anzahl Uhrketten, Zahnräder und Weisen bei sich hatte. Über deren Zweck er widersprechende Angaben machte.

Parlamentsbewegung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben die Verhandlung, die am Mittwoch im Gewerkschaftshaus tagte, ließ darauf schließen, daß sehr wichtige Angelegenheiten verhandelt werden sollten. Die Monteur, Helfer etc. stehen seit einiger Zeit in einer Tarifbewegung, deren Verlauf ein erster geworden ist. Wir hatten bereits mitgeteilt, daß Verhandlungen vor dem Gewerbeamt stattgefunden hätten, daß aber der Vorsitzende der Innung in letzter Stunde erklärt hatte, die Arbeitgeber lehnen die Verhandlungen ab. Inzwischen hatten es sich die Herren doch anders überlegt. Am Sonnabend und Montag wurde zwischen den Vertretern der Innung und des Gewerkschaftsausschusses verhandelt. Schlegel als Vertreter der Organisation wurde von den Unternehmern strikte abgelehnt, selbst als Zuhörer wurde er nicht aekzeptiert. Um die Sache nicht zerfallen zu lassen, gab Schlegel nach. Ein endgültiger Tarif ist noch nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen werden nunmehr am 15. d. M. vor dem Gewerbeamt fortgesetzt, bei denen zwei der wichtigsten Fragen im Vordergrund stehen werden — die Lohnfrage und die Frage der Kautions für das Werkzeug. Unter allen Umständen wollen die Unternehmer den Passus in den Tarif hineinheben, für Arbeitsschädigungen und für das Werkzeug sind 40 Mt. Kautions zu stellen, die eventuell ratenweise vom Lohne abgezogen werden. Die Herren Arbeitgeber wollten sich zu nichts verstehen. Das, was sie schließlich bewilligten, mußte durch stundenlanges förmliches Kämpfen abgerungen werden. Für eine Landulage sind sie durchaus nicht zu haben, desgleichen auch nicht für eine bessere Zulage für Ueberstunden. Die Freitag-Verhandlung wird schließlich Aufklärung über alle Punkte bringen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung erklärt sich mit dem bisherigen Vorgehen der Organisationsleitung und dem Gewerkschaftsausschuss einverstanden. Die Versammlung spricht aus, daß an den von der Gewerkschaft angestellten Lohnführern unbedingt festgehalten werden muß. Ferner muß die Landulage für Monteur und Helfer einheitlich gestaltet werden. — Die Versammlung spricht ferner aus, daß die reaktionären Bestimmungen der Unternehmer (Zustand etc.) unter allen Umständen abzulehnen sind.

Mit den Stadtratswahlen befaßte sich der Ortsverein der Scheitner Vorstadt in seiner letzten Sitzung. Er sind in Scheitner drei Stadtratsmitglieder neugewählt, und zwar in dem bei der Neugliederung der Bezirke der zweiten Abteilung neugebildeten vierten Wahlbezirk (früher Bezirk 16) für den Stadtratsmitgliedern Dzialan und in den Bezirken 32 und 33 der dritten Abteilung für die Stadtratsmitglieder Ritter und Czaja. Der Verein will nun auch bei dieser Wahl wie bereits vor zwei Jahren und auch im Jahre 1906 die frei werdenden Mandate mit eigenen Kandidaten besetzen, die sich keiner der in der Stadtratsratsversammlung vertretenen politischen Parteien anschließen, sondern von rein politischen Gesichtspunkten aus die Interessen der Vorstadt vertreten sollen.

Die Sozialdemokratie wird also in der beiden Scheitner Bezirken mit je 2 Mandaten zu rechnen haben. In der Scheitner Ortsvereinsversammlung lauchte übrigens auch der Gedanke auf, die jetzigen Stadtratsmitglieder der zweiten Abteilung, deren Bezirk sich nach der neuen Einteilung über Scheitner erstreckt, zur Mandatsniederlegung zu bewegen. Das wird bei Herrn Dr. Gerschel aber keine Schwierigkeiten haben.

Lauterpreis-Abgaben. Ein Prozeß, bei dem man sich ins Mittelalter zurückversetzen könnte, spielte sich in der Sitzung vom 13. d. Mts. vor dem hiesigen Bezirksausshuß ab. In dem Dorfe Teichstau, Kreis Steinau, verlehrt der evangelische Schullehrer zugleich die Minderdienste in der dortigen evangelischen Kirche. Nach als herabgesetzter Weise hat er für diese Dienstleistungen — er muß auch die Glocken läuten — 3 1/2 Proze im Geldwerte von 15,15 Mark je zu erhalten. Alle Mitglieder des Grund und Boden haben sich je nach der Größe ihres Besitzes an dieser Abgabe zu beteiligen. Der eine hat ein Brot, der andere 1/2 bis 2 Proze jährlich zu liefern oder das Geld dafür an den Schulvorstand zu zahlen. In dieser Weise ist die Aufbringung der Mittel seit unendlichen Zeiten gehandhabt worden. — Der Zementwarenfabrikant Jauer in Gurschau hat von einem Teichstauer Stellenbesitzer, der 1/2 Dose oder 1/2 Pfennige beizubehalten hatte, mehrere Morgen Acker gekauft und deshalb hatte der Schulvorstand den Fabrikanten zu der gleichen Abgabe herangezogen. Der Fabrikant dachte aber gar nicht daran, der Forderung des Schulvorstandes zu entsprechen, er ließ es vielmehr auf eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren ankommen. Die evangelische Kirche geriet ihm gar nichts an, denn er sei katholischer Konfession, ferner führte er in der Klage an, daß die Verpflichtung auf der Verdon und nicht auf dem Grundbesitz lage, im Grundbuche sei nichts eingetragen. Ueberdies stellen nach dem neuen Schulunterhaltungsstatut die Schulstätten weg. Der Vorstand des Dorfes kamerte diesen Einwendungen gegenüber, daß die Sache mit dem Schulunterhaltungsstatut gar nichts zu tun habe, es handle sich um eine Abgabe für den Acker, der allerdings auch Lehrer etc. Das Relationsbureau wurde dabei gar keine Hilfe. Der Kläger habe einen Grundbesitz und darum müsse er die Abgabe schon bezahlen. — Der Registratorausshuß befahl

Auf der Bühne verunglückt. Von einem bedauerlichen Unfall, der dem Kammeränger Gura auf der Bühne zugefallen ist, wird aus Lübeck berichtet. Herr Gura galtierte auf der Bühne des dortigen Stadttheaters als Sebastianus in Eugen Schillers „Die Räuber“, während seine Gattin, Frau Gura-Gummel die Martha als Gast spielte. Am Schluß der Oper, beim Abschied mit Pedro, fiel Gura so unglücklich, daß er sich die rechte Hand brach. Das Publikum, das nicht gemerkt hatte, was geschehen war, hielt diesen Fall Sebastianus, der naturgemäß sehr eckel anfieh, für den Gipfelpunkt des Realismus und rief nach Fallen des Vorhanges nach Frau Gura-Gummel und Herrn Gura, der trotz des großen Schmerzes die Kraft fand, sich wiederholt vor dem Publikum zu zeigen. Erst dann begab sich der Künstler in die Behandlung eines Arztes, während das Lübecker Publikum sich darüber einig war, den Schluß von „Die Räuber“ nie mit solcher dramatischer Wirkung gesehen zu haben.

Die deutsche Frau im Erwerbsleben. Welche außerordentliche Zunahme die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Deutschland auf allen Gebieten erfahren hat, zeigt eine kleine statistische Arbeit, die Marie Heller unter dem Titel „Der Wandel in der Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland seit 1895“ bei Felix Dietrich-Verlag in Berlin veröffentlicht. Während in den Jahren 1895—1907 die Zahl der männlichen Erwerbstätigen um 19 1/2 v. H. zugenommen hat, ist die Zahl der weiblichen um 56 1/2 v. H. gewachsen. 8243493 erwerbstätige Frauen ergab die Volkszählung von 1907 gegen 5294293 im Jahre 1895. Fast ein Drittel der gesamten volkswirtschaftlichen Erwerbsarbeit in Deutschland ruht also heute auf weiblichen Schultern. Geradezu erschauend ist die Zunahme der erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft, in der sie von 279314 auf 459825, also um 67 v. H. zugenommen ist. In der Industrie hat die Zahl um eine Vermehrung von 33 v. H., von 1521118 auf 2109324, zugenommen. Der vorwärts heranzutreten ist die Zunahme der erwerbstätigen Frauen in den sogenannten freien Berufen. Die Anwaltinnen und Bibliothekarinnen haben sich von 269 auf 1265, und die Selbständigen unter ihnen von 239 auf 145 vermehrt. In der Kunst, dem Theater und dem Schauspielwesen ist die Zahl der Frauen von 10559 auf 22902 angewachsen, in der Schreib- und Buchhalterei von 15327 auf 129197, im Druck der Buche und in der Papierindustrie von 11378 auf 21453, in der Schreiner- und Tischlerei von 1057 auf 21453, in der Buchdruckerei von 110 auf 22902 zugenommen. In der Textilindustrie haben sich die Frauen von 11.6 v. H. vermehrt, während die Zahl der überlebenden Männer nur von 5.97 auf 7.61, also nur um 54.2 v. H. gewachsen ist.

Die Verhandlung über die Arbeitslosenunterstützung wurde am 17. April, Nachmittags 2 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung im Saale des Herrn Müller Rath, Tagesordnung: 1. Der Volksbeitrag der Ritter und Heiligen. Referent Herr Paul Pöbe. 2. Freie Aussprache. Es wird gebeten, vollständig zu erscheinen.

Schantzoeffens-Vertrag. Der Wredlauer Konsumverein hatte vom Stadtausshuß die Genehmigung zum Betriebe des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus für das Lager 78, Auguststraße 19, erhalten, der Polizeipräsident aber hatte dagegen Verzichtung eingelegt. Der Polizeipräsident führte neun Schankstellen in jener Gegend an, die das Bedürfnis vollständig decken. Der Vertreter des Konsumvereins Stadtrat a. D. Meißner, führte an, daß die angeführten Stellen keineswegs als gleichartige Konkurrenzgeschäfte angesehen werden könnten, das betreffende Lager habe 3000 Mitglieder, denen nicht zumuten sei ihren Bedarf an Spirituosen in diesen Schankstätten zu decken. Nur eine einzige Kanne in Frage, die aber fast von dem Lager 240 Meter entfernt. Vor dem Stadtausshuß habe die Polizei nur acht Stellen ins Feld geführt, jetzt neun. Es sei also nach der Konzeptionierung des Vereins noch eine neue Stelle hinzugekommen, gegen die das Polizeipräsidentium keinen Einspruch erheben habe. Nur gegen den Konsumverein. — Der Bezirksausshuß hob die Vorentscheidung auf und verlagte die Genehmigung, indem er sich wiederum auf den bereits früher angenommenen Standpunkt stellte.

Der Kaufmann Schendera beabsichtigt, auf der Schmiebedstraße, in dem Grundstück des Grafen Sengel von Donnersmarkt ein nobles Restaurant verbunden mit zwei Kegelbahnen zu eröffnen. Bekanntlich hat der Graf einen ganzen Häuserkomplex Schmiebedstraße-Größe Neustadtstraße erworben und läßt ihn niederrichten. In dessen Nähe befinden sich drei Schankwirtschaften. „Drei Vögel“, „Grüne Kirsche“ auf der Schmiebedstraße und eine Schankstätte auf der Neustadtstraße. Letztere ist weiter bestanden, sie ist weiter konzipiert worden, während die beiden Schmiebedstraßen eingegangen sind. Der Stadtausshuß hat Herrn Schendera die Erlaubnis verweigert, weil erstens in dem Grundstück eine Konzeption schon besteht, und zweitens ein Bedürfnis nicht vorhanden ist. Der Rentier legte gegen den abschließenden Bescheid Berufung ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Lewin, führte an, daß hier die Bedürfnisfrage ausgeschlossen werden müsse, weil auf dem Grundstück Schmiebedstraße 43—44 die Realrechtstame ruhe, sie ist nicht direkt nachzuweisen, doch lägen höhere Wohnpunkte hierfür vor. Eine Urkunde aus dem Jahre 1779, die im Grundbuche eingetragen sei, verleihe ausdrücklich, daß das Brauereie auf dem betreffenden Grundstück nicht erlöschen darf, bei Veräußerung des Hauses oder Aufgabe der Brauerei müsse an die Realrechtstame Kontribution gezahlt werden. Daraus geht mit ziemlicher Bestimmtheit hervor, daß auf dem Grundstück die Gerechtigkeit geruht haben muß. Aber auch ein Bedürfnis liegt vor, ein Restaurant, wie es jetzt eingerichtet werden sollte, existiert in der ganzen Umgebung nicht. Der Gerichtshof bestätigte die Vorentscheidung, selbst wenn man sich den Forderungen des Klägers anschließen wollte, so könnte nur der Verkäufer des Hauses, Graf Sengel das Recht für sich in Anspruch nehmen, und nicht der Käufer. Die Bedürfnisfrage war sonach zu prüfen und die mußte verneint werden.

Vom Kaufmannsgericht. Der Handlungsreisende Wolf, der in der Kleingroßhandlung von Winkeln in U. Lohn konditionierte, ist entlassen worden. Er hielt die Entlassung für unbedeutend und erhob gegen die Firma ein schriftliches Restgehalt von 117 Mark einen Entschädigungsanspruch von 1200 Mark für drei Monate. Der Restgehalt beantragte die Unterbrechung der Klage und erhob gegen den Kläger einen förmlichen Patentanspruch von 1200 Mark. Der Kläger habe fortwährend das Telefon im Privatort zu seinen Privatverweilen benutzt, als das den Chef zu arg wurde, unterjagte er ihm die Besprüche. Daran lehnte der Kläger sich aber nicht, er setzte sie weiter fort; mußte ein Angelegter irgend einen Gegenstand aus dem Kontor holen, dann beschimpfte ihn noch und drohte mit Sinauswerfen. Einen Mitarbeiter küllierte er mit „Lump“, „Lügner“ und anderen Lebensmühseligkeiten. Einen Buchhalter, den er anheimelnd wenig gewogen war, mißhandelte er aus geringfügigen Ursachen. Er konnte sich weder mit dem männlichen noch mit dem weiblichen Personal vertragen. Auch wegen seines stillosen Benehmens wurden ihm Verballungen gemacht. Aus allen diesen Gründen war, wie die Firma angab, ein Weiterarbeiten mit dem Manne unmöglich. Der Kläger bestritt alle diese Angaben; das Personal habe ihn mit Rücksicht gereizt und ihm fortwährend Posten gegeben, bestritt habe er niemals, den Mißhandlungen könne gar keine Rede sein, im Gegenteil, er sei von dem Buchhalter angegriffen worden und hätte sich in Notwehr befinden.

Das gesamte Personal der Firma trat als Zeugen auf. Uebereinstimmend bestätigten sie die Angaben der Firma. Der Kläger verlangte die Verurteilung sämtlicher Zeugen. Das Gericht sprach dem Kläger das Restgehalt zu, mit der Befreiung wurde er kostenpflichtig abgewiesen. Auf Grund der Zeugenaussagen kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß die Entlassung berechtigt war.

Durch Galizier überfallen wurde am Abend des 26. Juli vorigen Jahres der Arbeiter Paulus aus Groß-Wochtern, als er sich auf dem Heimwege von einem Tagewerksmann befand. Ohne Anlaß drangen zwei Galizier plötzlich auf ihn ein und verletzten ihn durch Messerstiche schwer. Der eine trug ein langes Dolchmesser bei sich, der andere ein Taschenmesser. Dieses Messer hatte der Täter verloren. Am nächsten Morgen wurde es auf der Landstraße gefunden und als Eigentümer der galizische Gasarbeiter Sobiedki ermittelt. Sein Komplotz ist gescheitert und hat bisher nicht dingfest gemacht werden können. Deshalb hatte sich jetzt Sobiedki allein vor dem Schöffengericht in verantwortlichen. Dieses verurteilte den Angeklagten wegen schwerer Körperverletzung zu einem Jahre Gefängnis.

Ein Dachstuhlbrand und eine Lebensrettung. Am 13. d. M., Nachmittags gegen 3 Uhr, wurde die Feuerwehre nach dem Grundstück Schwerstraße 13 gerufen, wo auf unermittelte Weise ein Dachstuhlbrand entstanden war. Beim Eintreffen der Besatzungen schlugen bereits die Flammen zu einigen nach der Straße führenden Fenstern heraus und im Augenblicke dehnte sich das Feuer über das ganze fünfte Stockwerk aus. Die vorbereiten Räume sind besetzt, während sich hinter dem Bodenboden befinden. Auf den Kammern lagerte altes Rohharz, Möbelspäne, Betten usw. und außerdem große Haufen Brennspäne, so daß die Feuerwehre mit einer Dampfmaschine energisch vorgehen mußte, um das Brandes Herr zu werden. Die 78jährige Hauswirtschafterin K. Kiese walter hatte sich gefürchtet, ihre Wohnung zu verlassen, ohne ihre Parafast mitzunehmen, und betraute wäre sie dabei ums Leben gekommen. Die Feuerwehre ging, nachdem sie davon Kenntnis erlangt hatte, mit der Magistrate vor und konnte die alte Frau noch lebendig, aber vom Rauch getäubt, herauschaffen. Sie wurde mittels Krankenwagens in eine Poliklinik überführt, während ihr Neffe, Feuerwehrmann Robert Müller, welcher Brandwunden erlitten hatte, verbunden werden mußte. Die drei nach der Straße gelegenen Wohnungen sind wie der gesamte Inhalt der Bodenkammern wurde ein Tag bei Flammen. Die Aufräumungsarbeiten nahmen die Tätigkeit der Wehre noch längere Zeit in Anspruch, so daß erst um 5 1/2 Uhr Nachmittags in die Wachen zurückkehren konnte.

Neuer die Zeitung der von den ...

Mehr Schutz für die Bauarbeiter! Ein Abbruch, der ziemlich leichtfertig vorgenommen wird und bei welchem Menschenleben gefährdet sind, wird gegenwärtig am Ring, Goldene ...

Liederabend von Julia Culp im Börse-Saal. Nun war sie hoch erschienen, hatte wieder ein Stimmungsfeuer, noch eine „Aufforderung zu einem Hofkonzert“ gehabt, sondern lang, man glaube es wirklich, das Programm zu Ende. Frau Culp kam uns diesmal ganz „populär“, d. h. mit Liedern, die unsere „hohen“ und „höheren“ ...

Die Witterungsberatungsstelle des Breslauer Armen- pflegerinnen-Vereins. In der Witterungsberatungsstelle am Wäldchen (Altes Schulhaus), erhalten unermittelte Frauen unentgeltlich ...

Eine junge Betrügerin. Vor einiger Zeit erschien in dem Blumen-Geschäft von Hepp auf der Trebnitzerstraße ein junges Mädchen und bestellte für ihren Vater, den kürzlich in der Nachbarschaft angelegenen Fleischermeister Schierke, eine ...

Die christlichen Bauarbeiter ...

4 öffentliche Versammlungen haben heute, Donnerstag, Abend, im „Kronprinz“, „Bauhof“, „Reptel“ und bei ...

Peuchler! Das Augenverbrechen hat die „Schles. Zeitung“ von jeher gut verstanden. Es gehört ja zu ihrem Handwerk. Und das Sprichwort von dem Splitter im Auge des ...

Den zweiten Lichtbild-Vortrag über die Geschichte der Erde hält Genosse Engelbert Graf-Berlin morgen Freitag Abend im Gewerkschaftshaus. Das Thema lautet diesmal: „Die Entwicklung der letzten Erdrinde. Erstarrungs- und Ablagerungsgeologie. Das Zeitalter der Erdgeschichte.“ ...

Schliefen, Bosen und Nachbargebiete. Glogau, 14. April. Gemeinbewahlsieg. Bei der letzten Gemeinbewahl im benachbarten Koschitz erhielt Genosse Maurer 23 Stimmen, während sein Gegner ...

Siegen, 14. April. Der Herr Major und die Sozialdemokraten. Einer „feinen und gebildeten“ Tonart bespricht sich der Major z. D. und Bezirksoffizier v. Chappuis gelegentlich der Kontrollversammlungen. ...

Wasserstandsberichte der Ober. 14. 4. 1,36[0,55]2,181 - [3 85]1,60[4,42]1,91[1 08]1,76[4 94] - 1,42[0,62] - 1,8 4. 1,43[0,92]2,18[0 42]3,82[1,46]4,54[2 1]1,08[0,81]4,98 - 1,44[0,61]1,31 Mittel 1,62[0,98]2,12[0,42]2,46[0 77]4,07[1,58]1,58[0,60] 0,14[1,58]1,15 *) Auslieferungshöhe L. Rottwitz 3,60; L. Reichen (Ober-) Höhe ...

Berfassungen und Vereine. Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 14. April: Fabrikarbeiterverband, Rührer-Kaffeeabend, Großer Saal, Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im ...

Unternehmervorläufer im ...

Schiffs-Unglück. Stettin, 14. April. Gestern Abend wurde bei einer ...

Eisenbahnerstreit in Frankreich? Paris, 14. April. (S. L. V.) Der Kongress der Eisenbahner nahm eine Tagesordnung an, dahingehend, einen ...

Massenverhaftung. Petersburg, 14. April. (S. L. V.) Aus Kiew wird gemeldet, daß dort Massenverhaftungen von Revolutionären stattgefunden haben, die mehrfache terroristische Akte vorbereitet hatten. ...

Wahltag in Australien. London, 14. April. Wie ein hiesiges Blatt aus Sidney meldet, ergaben die vollständigen Resultate der Wahlen zum Bundesparlament einen Reingewinn von 18 ...

Fener im Gefängnis. New York, 14. April. In New York im State Convent ist infolge einer Explosion im Gefängnis Feuer ausgebrochen und zwar in dem Arbeitsraum, in dem von den Gefangenen ...

New York, 14. April. (S. L. V.) Von der Polizei wurden gestern 128 italienische Impresarios verhaftet, die beschuldigt werden, in herumsiehenden Varietés lebende Bilder darzustellen zu haben und die dazu verurteilten Mädchen der Scham zugeführt zu haben.

Table with 10 columns: Region, Date, Value 1, Value 2, Value 3, Value 4, Value 5, Value 6, Value 7, Value 8, Value 9. Includes data for 14. 4. and Mittel.

Berfassungen und Vereine. Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 14. April: Fabrikarbeiterverband, Rührer-Kaffeeabend, Großer Saal, Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im ...

Alkoholfreie Getränke

„Sitz“, C. Sinesco, Brauerei, 110, ...
Wasser, Fritz & Co., Weinbrennerei, 110, ...
Sonne, Kieffer, 88, Weinbrennerei, ...
Thomas-Brause, 84, ...

Bäckereien und Konditoreien

Adler, Vincenz, Nikolaistraße 15, ...
Baker, Friedr., ...
Bier-Brauereien, ...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Pfeifferhof, ...
Brauerei Rannach, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Brot, Union-Brauerei

Brot, Union-Brauerei, ...
Brot, Union-Brauerei, ...

Drogen und Farbstoffe

Adalbert-Dr., ...
Altmann-Dr., ...
Bismarck-Dr., ...

Eisen- u. Stahlwaren

Ringer, G., ...
Henkels, Gebr., ...
Kaufmann, ...

Färberei u. Wäscherei

Kelling, W., ...
Korenz, W. & Co., ...
Preuss, E., ...

Fahrräder, Nähmaschinen

Barth, ...
Friedrich, ...
Hermann, ...

Fische u. Delikatessen

Abel, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fleischereien u. Wurstfabriken

Baron, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fische u. Delikatessen

Abel, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fleischereien u. Wurstfabriken

Baron, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fische u. Delikatessen

Abel, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fleischereien u. Wurstfabriken

Baron, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fische u. Delikatessen

Abel, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fleischereien u. Wurstfabriken

Baron, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fische u. Delikatessen

Abel, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fleischereien u. Wurstfabriken

Baron, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Fische u. Delikatessen

Abel, ...
Fischer, ...
Hofmann, ...

Galanterie- und Spielwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gardinen, Teppiche

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Glas- u. Porzellanwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Gummiwaren

Benjamin, ...
Benjamin, ...
Benjamin, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Kolonialwaren

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Photographische Ateliers

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Trauer-Kleidung

Herold, H., ...
Herold, H., ...
Herold, H., ...

Karl May gegen den gelben Lebius.

Ein seltsamer Jugendschriftsteller.

Ein interessanter Verteidigungsprozess wurde am Dienstag vor dem Schöffengericht Charlottenburg verhandelt. Angeklagt war der bekannte Agitator der gelben Arbeitervereine, Rudolf Lebius - Berlin, der mit seinem Rechtsanwalt Paul Bredered - Berlin erschien. Als Kläger war der bekannte Schriftsteller Karl May - Dresden persönlich anwesend. Karl May ist ein mittelgroßer Mann mit interessanten Gesichtszügen, langem, graumeliertem Haar und weissem Schnurbart. Den Gegenstand der Privatklage bildet ein Brief, den der Angeklagte Lebius an die Kammerfängerin Fräulein vom Scheidt in Weimar gerichtet hat, und in dem von dem Privatkläger Karl May behauptet wurde, er sei ein geborener Verbrecher. Der Brief bezieht sich auf eine Aussprache, die Lebius vorher mit der geschiedenen Frau May's, Frau Emma Mai, gehabt hatte. May hatte seiner geschiedenen Frau eine monatliche Pension von 250 Mark ausgesetzt. Als dann Frau May mit Lebius in Verbindung trat, wurde ihr dieser Zuschuß entzogen. Lebius erbot sich darauf, Frau May monatlich 100 Mark Zuschuß zu zahlen. Die Freundin der Frau May, die Opernsängerin Fräulein vom Scheidt, versuchte nun, Frau May mit ihrem Gatten wieder zu versöhnen. Daraufhin schrieb der Angeklagte Lebius den unter Anklage stehenden Brief. Die Anklage lautet auf formale Beleidigung.

Verteidiger Rechtsanwalt Bredered stellt zu Beginn der Verhandlung folgenden Beweisanspruch: Wenn auch die Privatklage nur auf Grund des § 185 Strafgesetzbuchs erhoben worden ist, so komme doch für das Strafmaß in Betracht, aus welchen Motiven die Beleidigung erfolgt sei, und ferner, ob die Behauptung, Karl May sei ein geborener Verbrecher, gerechtfertigt sei oder nicht. Karl May sei mit 6 Wochen Gefängnis, mit vier Jahren Zuchthaus und mit vier Jahren schweren Berufsverbots bestraft worden im Erzgebirge.

eine Räuberbande gebildet,

die jahrelang die Einwohnerschaft in Aufregung versetzt habe. Außerdem habe er literarischen Diebstahl begangen. Im Jahre 1896 wurde May aus dem Gefängnis entlassen und habe dann eine Anzahl weiterer Diebstähle begangen. Er verband sich mit einem Defektur namens Kruegel und bildete im Erzgebirge eine Räuberbande, die die Einwohner in größte Aufregung versetzt hatte. Die Räuberbande konnte nur mit Hilfe des Militärs aufgehoben werden. Damals gelang es May, zu entkommen. Er hatte nämlich unter seinen zahlreichen geraubten Sachen die Uniform eines Gefängnisbeamten. Diese zog er an, band seinen Gefangenen Kruegel und führte ihn gefesselt als seinen Gefangenen durch die Soldaten hindurch. Kruegel wurde gefangen genommen und zu vier Jahren Zuchthaus und später zu 22 Jahren Zuchthaus verurteilt. Karl May flüchtete nach Malland. Hier verriet er im Heber seine Verbrechen und wurde nach Deutschland ausgeliefert, wo er zu vier Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Polizeiaufsicht verurteilt wurde. Vorsitzender (zum Privatkläger): Wollen Sie die Strafen angeben? - Privatkläger May: Ich habe das, was mir hier vorgelesen wird, nicht getan. Wenn das der Fall wäre, wäre ich nicht mehr am Leben; denn wenn ich mit solchen Verbrechen durchs Leben gehen sollte, hätte ich schon längst ein Revolber gebraucht. - Vorsitzender: Wollen Sie sich nicht eingehender zu den Strafen äußern? - Privatkläger May: Nein. Ich bin vorbestraft, aber das, was mir hier vorgelesen wird, habe ich nicht getan. - Vorsitzender: Also Sie bestreiten, daß die hier vorgelegten Strafen von Ihnen nicht verbüßt worden sind? - Privatkläger May: Ich will hier nicht sagen, was mit in meinem späteren Prozeß Schaden könnte. - Verteidiger Rechtsanwalt Bredered: Gibt der Privatkläger zu, daß er Räuberhauptmann gewesen ist? - Karl May: Das ist nicht wahr. - Verteidiger Rechtsanwalt Bredered: Es handelt sich hier um keine persönliche Beleidigung. Der Privatkläger ist ein bekannter Jugendschriftsteller und es liegt deshalb ein öffentliches Interesse vor. Der Privatkläger ist nicht ein Herr Ding oder Kunz, sondern ein auf dem Gebiete der Jugendliteratur bekannter Mann.

Privatkläger Karl May: Ich habe für die Jugend nichts geschrieben, außer den sechs Büchern, die bei Ehemann erschienen sind. Ich schreibe für sehr erwachsene Leute und bin ein Christ und gottesgläubiger Mensch.

Ich führe meine Leser zum Glauben

eben - weil ich früher bestraft worden bin. Ich bin nicht bestraft wegen innerer Schlechtigkeit. Ich will mich aber darüber nicht auslassen. - Rechtsanwalt Bredered: Der Privatkläger hat zunächst unsittliche Bücher geschrieben. Erst als er sah, daß mit Unsitlichkeiten sein so großes Geschäft zu machen ist, hat er sich auf die Tugend geworfen, und zwar bevorzugen er die katholische Literatur. Von der katholischen Presse ist May deshalb gelobt und gepriesen worden. Es ist deshalb interessant, daß May evangelischen Glaubens ist. - Vorsitzender Amtsrichter Wessel: Weshalb wurde denn der Brief überhaupt geschrieben? - Angeklagter Lebius: Ich bin von May durch Prozesse verfolgt worden und deshalb zu der ersten Frau May's gegangen, um mir Prozessmaterial zu holen. Als May dies bekannt wurde, entzog er der Frau die 250 Mark monatlichen Zuschuß.

Der Gerichtshof zieht sich darauf zurück, wie man annimmt, um über die Beweisangebote zu beraten. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende jedoch sofort das Urteil, das auf 15 Mark Geldstrafe lautete. - Rechtsanwalt Bredered: Ich habe bisher nur zu den Beweisangeboten gesprochen, und ich habe mir ausdrücklich vorbehalten, zu der Anklage selbst noch eingehend zu plädieren. Zu meinem Schlußplädoyer habe ich noch nicht das Wort erhalten. - Vorsitzender: Dann will ich das Urteil noch einmal auslesen. - Privatkläger Karl May: Ich denke, es ist eben ein Urteil verkündet worden. - Vorsitzender: Es ist kein Urteil verkündet worden. Was haben Sie noch zu sagen? Sie können sich doch nur auf den Brief beziehen, der die Beleidigungen enthält. - Rechtsanwalt Bredered führt nunmehr zur Verteidigung aus, daß er für seinen Klienten den Schutz des § 198 in Anspruch nehme. Karl May wachte sich nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus der Schriftstellerei zu. Aber auch hier konnte er das Stehlen nicht lassen, und ein angesehenes Blatt neune Karl May einen literarischen Dieb. Er habe über Asien, Amerika und Afrika geschrieben, ohne daß er jemals Deutschland verlassen habe. Auch ohne Eingehen auf die Beweisangebote beantragte er die Freisprechung.

Angeklagter Lebius: Ich bitte, die Akten über Karl May bei der Amisshauptmannschaft in Dresden einzufordern. In diesen wird sich ein Brief des Polizeipräsidenten von Dresden befinden. In diesem Briefe wird Karl May ein literarischer Schöpfer genannt. Dieses ist geschehen, weil Karl May an die Redaktion des Dresdener Adressbuchs das Ansuchen richtete, ihn als Doktor Karl May aufzunehmen; er habe seinen Doktor in Frankreich, nach späteren Angaben in Amerika gemacht. Ferner werde sich dort ein Brief der Schwester des Angeklagten befinden, in welchem sie unter anderem schreibt: Lieber

Herr May! Morgen kommt die Fürstin ... durch Dresden und wird Sie besuchen. Zeigen Sie ihr die von Ihnen gesammelten Schätze. - Dabei sei Karl May zu dieser Zeit noch niemals außerhalb Deutschlands gewesen und habe deshalb auch keine Ermittlungen anstellen können. - Karl May: Ich bitte mir ein bis zwei Stunden Zeit zu geben, um meine Ausführungen zu machen. Nach dem, was hier vorgebracht ist, und was man mir zur Last legt, kann ich mich nicht länger lassen. - Der Vorsitzende erteilt seine Akten und zieht sich mit den Schöffen zur Beratung zurück. - Privatkläger Karl May: Soll ich mir das alles gefallen lassen?

Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, Amtsrichter Wessel, das Urteil: Der Angeklagte wird freigesprochen, da er nicht erheblich über die Grenzen der Wahrung berechtigter Interessen hinausgegangen ist. Der Brief ist jedenfalls, wie aus anderen Stellen hervorgeht, in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschrieben worden; deshalb mußte Freisprechung erfolgen.

Der Prozeß hat jedenfalls ergeben, daß Kläger und Beklagter einander wert sind.

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung, Mittwoch, den 13. April, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Wernuth. Zunächst wird an Stelle des verstorbenen Abg. Dr. Herms (Fortschr. Vp.) auf Vorschlag des Abg. Frdr. v. Herting (Zentr.) der Abg. Dr. Doorman (Fortschr. Vp.) zum Schriftführer gewählt.

Petitionen.

Eine Petition auf Einführung des Befähigungsnachweises für Wasser- und eine weitere auf Ausdehnung der Straßenbahnpflicht auf Sachschäden werden dem Reichsanwalt als Material überwiesen. - Ein Bericht des Bundes technisch-industrieller Beamten wegen wenig freierlicher Anwendung des Reichsvereinsgesetzes wird zur Kenntnis genommen.

Eine Petition der Berliner Fleischereinigung auf Aufhebung oder Herabsetzung der bestehenden

Reichsjölle

für eine angemessene Zeit beantragt die Kommission, durch Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen. Die Abgeordneten Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, sie dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Forderungen der Petenten sind äußerst bescheidener Natur. Trotzdem überträgt der Beschluß der Kommission nicht, angesichts ihrer Zusammenlegung. Die Zufuhr von frischem Fleisch ist auf Grund des § 12 des Fleischschaugesetzes erheblich zurückgegangen und hat fast ganz aufgehört. Als Grund gibt man an, im Zustande werde das Fleisch nicht genügend untersucht, aber im Ernst wird daran niemand glauben. Tatsächlich ist der Fleischbestand bei uns auf den Kopf der Bevölkerung heute um 9 Prozent geringer, als vor 7 oder 8 Jahren. (Hört, hört! bei den Sozial-, Wählerpartei rechts.) Sie bestreiten diese Tatsache, aber nicht bestreiten können Sie, daß innerhalb dieser Zeit die Fleischpreise wie die Lebensmittelpreise überhaupt ungeheuer gestiegen sind. (Zust. b. d. Soz.)

Niemand verlangt eine Befreiung der Bestimmungen, die zum wirklichen Schutz gegen Viehsuchen erlassen sind, wohl aber verlangen wir eine

Beseitigung der Schikanen.

In einer Zeit der Teuerung, wie der jetzigen, hätte die Kommission unter keinen Umständen ihren Beschluß fassen dürfen. Ich empfehle, unserem Antrag gemäß, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Strunz (Vpt.) erklärt das Unverständnis seiner Freunde mit dem Antrag Albrecht.

Abg. Speck (Ztr.) behauptet, die deutsche Viehproduktion habe derart zugenommen, daß die Bevölkerung vollständig mit Fleisch versorgt werden könne.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und Uebertragung zur Tagesordnung beschlossen.

Eine Petition des Zentralverbandes deutscher Bäderinnungen „Germania“ verlangt ein Verbot für Staats- und Reichsbeamte, in

Konsumvereinen

tätig zu sein und eine Umsatzsteuer für diese Vereine, Beschränkung ihrer Distributions auf 2 Proz. und Beschränkung des Verkaufes selbsthergestellter Waren auf den Kreis der Mitglieder. - Die Kommission beantragt Ueberweisung an den Reichsanwalt als Material.

Abg. Schepfer (Ztr.): Konsumvereine sind eine unberechtigte Konkurrenz für den Mittelstand. Beamte sollte sich deshalb von ihnen fernhalten. Die bayerische Regierung hat eine unerschrockene Erscheinung genannt und von ihren Beamten verlangt, daß sie ihren nicht angehören. Das sollte auch in anderen deutschen Ländern geschehen.

Abg. Schöpflin (Soz.): Wenn man sich reichsgesetzlich mit den Konsumvereinen überhaupt beschäftigen will, so wäre das einzig Vernünftige, die Konsumvereine als gemeinnützige Institute von jeder Steuerleistung zu befreien. (Zust. bei den Soz.) Die Petenten aber und der Zentrum redner legen sich für das Entgegengelegte ins Zeug. Die Umsatzsteuer ist ungerecht und unabweisbar. Sie hilft nur, wenn man sie geradezu zu einer Erbschaftsteuer für die Konsumvereine machen will. Das wollen Sie (nach rechts und zum Zentrum), tatsächlich und wollen damit den Arbeiter und kleinen Mann den Schutz nehmen, den er durch den Konsumverein hat. Und dieses gerade jetzt, wo infolge Ihrer Wirtschaftspolitik große Preise des Volkes an Unterernährung zu leiden haben. Gerade jetzt wollen Sie den Arbeitern, den kleinen Beamten und vielen Angehörigen des Mittelstandes, welche Mitglieder der Konsumvereine sind, die Lebenshaltung noch mehr verteuern. Das ist ein starkes Stück. Der Konsumverein schafft einen Ausgleich gegen Ihre Schutz- und Wucherpolitik. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die kleinen Beamten in Bayern kaufen lieber in einem gut geleiteten Konsumverein als bei einem Privatunternehmer. Dann kommt noch die grundsätzliche Frage, daß man die Freiheit des Beamten außerhalb des Dienstes nicht einschränken darf. Ich bitte daher, unserem Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung zuzustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Die Konsumvereine, namentlich die Beamtenkonsumvereine sind keineswegs in jeder Beziehung rechtliche Erscheinungen. Redner räumt ein, daß man mit der Umsatzsteuer keine verbotenen Erfahrungen gemacht hat, erklärt sich aber schließlich mit dem Kommissionsantrag einverstanden.

Abg. Hilbenbrand (Soz.): Das ausgerechnet die Bäderinnungen, die den Bezug und die Herstellung des Wassers an die eigene Regie nehmen und alles tun, den Zwischenhandel zu ausschalten, den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand zu schädigen, daß gerade die gegen die Konsumvereine petitionieren, ist ein starkes Stück. (Hört, hört! b. d. Soz.) Gerade die sogenannten „Mittelstandsfreunde“ hätten alle Ursache zur Tagesordnung überzugehen. Es ist ein Gebot der einfachsten Anstandsspflicht, die Gesinnung der Beamten und Arbeiter mit Straffreieren zu verschonen, da man doch die Genossenschaften der Handwerker und Landwirte bestrafen darf. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Konsumvereine bringen nicht nur den schwachen Erwerbenden Vorteile, sondern sie dienen als wichtiger preisregulierender Faktor den Interessen der Gesamtheit. Wir verlangen keine Bevorzugung für die Konsumvereine. Das überlassen wir ihren Gegnern; aber ein-

schieden verlangen wir Gleichberechtigung. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Schöpflin (Soz.): Wie mein Parteifreund Hilbenbrand schon sagte, ist es mir keinesfalls eingefallen, Steuerfreiheit oder geringere Besteuerung für die Konsumvereine zu verlangen. Es wäre aber endlich an der Zeit, mit der Sonderbesteuerung der Konsumvereine aufzuhören. Deshalb bitte ich nochmals über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Giesberts (Zentr.): Jede Ausnahmebestimmung gegen Konsumvereine ist zu vermeiden. Wir billigen ebensowenig Steuerfreiheit der Konsumvereine als gemeinnützige Anstalten, wie wir besondere Erbschaftsteuern ungerne finden. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Nieseberg (Wirtsch. Vp.): Die Konsumvereine sind keine gemeinnützigen Vereine, sondern Kampforganisationen der Sozialdemokraten. Beamte dürfen deshalb nicht hinein. Auch die Warenhändler müssen durch Steuern erdrosselt werden! Denn sie ruinieren das feste Bollwerk gegen den Umsturz: den Mittelstand! (Beifall b. d. Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und Ueberweisung der Petition als Material beschlossen.

Die Eosingerste.

Es folgt die Beratung einer Resolution A 5 (a) u. Gen. (Vp.) auf Aufhebung der Eosinfärbung der zum niedrigeren Füllmaß eingefüllten Gerste. Mit zur Beratung steht eine Petition von Getreidehändlern, Mälzereien etc., die das Gleiche verlangen.

Abg. Carstens (Vp.): Die Eosinfärbung hat viel Ungemach über Händler, Mäler und andere Bevollmächtigte gebracht. Die Regierung allerdings will nicht zugeben, daß die Färbung mit Eosin schädlich ist, aber die Sachverständigen haben es unzweifelhaft nachgewiesen, auch beantragte Tierärzte sind dieser Meinung. Sogar die Menschen haben darunter gelitten, Augenentzündungen sind hervorgerufen worden, und die Schiffer wollen deshalb diese Gerste nicht verladen. Das Gesetz war ein Fehlschlag. Gegen mißbräuchliche Verwendung von Futtergerste schügen die Strafbestimmungen genügen. (Bravo! bei den Freis.)

Reichschatzsekretär Wernuth: Nachdem andere Mittel sich als unzureichend erwiesen hatten, tauchte der Wunsch nach einer Färbung in den Kreisen der Mäler und des Handels auf. (Hört, hört, rechts.) Alsdann kam plötzlich die Nachricht von der gesundheitsschädlichen Wirkung der Eosinfärbung auf. Der ganze Boden des Reichs war geradezu überflutet mit sterbenden Schweinen. (Heiterkeit.) Dadurch wurde der Handel beunruhigt und die größte Gerste entwertet. Die Versuche des kaiserlichen Gesundheitsamtes ergaben aber, daß die mit Eosingerste gefütterten Tiere in ihrer Gesundheit nicht geschädigt werden, und daß sie auch nicht Stiel vor der Eosingerste empfinden. (Heiterkeit rechts.) Soeben erhalte ich die Nachricht vom Gesundheitsamt, daß die so gefütterten Schweine sogar mehr an Körpergewicht zugenommen haben als die anderen. (Gr. Heiterkeit.) Eine Verabreichung ist bereits eingetreten und wird durch diese Debatte hoffentlich erstärken. (Bravo! rechts und im Zentr.)

Abg. Mayer (Zentr.): Wir werden gegen die Resolution stimmen. Die Eosinfärbung ist nicht schädlich und die Verwendung der Futtergerste als Braugerste muß verhindert werden. (Bravo! im Zentr. und rechts.)

Abg. Dr. Rosette (natl.) begründet die Erklärungen des Schatzsekretärs. Er habe weder ein Schwein noch ein Ferkel kennen gelernt, das die Körner wegen der roten Farbe verschmähe. So politisch geschult seien diese Tiere noch nicht. (An, an! links.) Die Unannehmlichkeiten kämen nur von der Neuheit der Sache her, das gehe vorüber. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Wenn wir Eosin- und Futtergerste verschieden befüllen, müssen wir sie auch unterscheiden. Eosin ist nicht gesundheitsschädlich, werden wir wohl bei der Eosinfärbung bleiben müssen. Anfangs hat man nur zu stark gefärbt. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Stolle (Soz.): Wäre Futtergerste in erheblichem Maße früher zu Braugeworden verwendet worden, so hätte die Reichsliste erheblichen Anfall erleiden müssen. Das war aber nicht der Fall, wie aus den Erklärungen des Schatzsekretärs schon hervorgeht. Die Vorschrift der Färbung ist daher nicht als eine Verhinderung vor den Agrariern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Versuche im Reichsgesundheitsamt mögen wohl keine gesundheitsschädlichkeit erwiesen haben. Aber in der Praxis des Landmannes kann man nicht verfahren wie im Laboratorium. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs müßte man eigentlich der Landwirtschaft raten, wenn möglich alle Futtermittel mit Eosin zu versehen. (Heiterkeit.) Der praktische Landmann wird aber dafür nicht zu haben sein.

Wenn Sie, wie Sie immer sagen, den kleinen Bauern schünen wollen, so müssen Sie darauf hinwirken, daß ihm die notwendigen Futtermittel nicht verteuert werden. Durch die Eosinfärbung aber wird mit Notwendigkeit eine Verteuerung herbeigeführt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Regierung wird Vorschläge zum Schutze der Kleinen nur machen, wenn die Herren Agrarier es gestatten, denn agrarisch ist Trumpf. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein großer Teil unserer Eosin- an Futtermitteln kommt aus Rußland. Dort aber macht sich eine Bewegung bemerkbar, die einen Anstufzoll auf Kleie einführen will. Wenn es dazu kommt, so leidet besonders unsere kleine Landwirtschaft darunter. So wird bei uns der kleine Landwirt ruinieren, durch Ihre angeblich die Landwirtschaft schützende Politik. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Vp.): Eosin ist an sich nicht giftig. Das weiß ich, denn ich habe Chemie studiert. Ein anderes Mittel, die Mälzereien zu verhindern, hat die Linke nicht angegeben, und wir können deshalb gegen den Antrag.

Abg. Wegner (Vp.): Ob Eosin giftig ist oder nicht, es schädigt den Handel und die kleinen Mäler. (Sehr richtig! links.) Man sollte nicht solche schändliche beunruhigenden Gesetze machen. (Bravo! links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Wegner (Soz.) zur Geschäftsordnung stellt fest, daß ihm durch Schluss der Debatte unendlich gemacht ist. Beschwerden, die ihm aus Hamburg zugegangen sind, (Hört, hört! bei den Soz.) zum Ausdruck zu bringen.

Der Antrag A 1 (a) wird gegen Sozialdemokraten, Freisinnige und Polen abgelehnt. Der Antrag, die Petition als Material zu überweisen, angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr. (Interpellation Baffermann über das Mittelmeeres Eisenbahngesetz, Zuständigkeit des Reichsgerichts, Handelsvertrag mit Schweden.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Preussische Eisenbahnmisere.

Der Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses wohnte zum Scherz aller Reaktionen auf der Rechten und in der Mitte außer wieder in das Haus eingetretene Genosse Adolf Hoffmann an. In der fortgesetzten zweiten Lesung des Eisenbahngesetzes brachte der Redner aller Parteien Klagen über zum Teil geradezu unhaltbare Zustände auf den preussischen Eisenbahnen vor. Wenn die Redner auch nicht veranlaßt, das weitere Eisenbahngesetz etwas kräftiger arbeiten, als manche etwas schlampig Eisenbahnbetriebe des Auslandes, so hatten sie doch so viel im einzelnen anzuführen, daß der berechnete Ladel dieses teilweise geplünderte Lob mehr als aufwiegt.

Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Bachmann trat erneut für die Aufhebung der verkehrswirtschaftlichen Schutzbestimmungen ein und schilderte die geradezu unheimlichen Zustände an Sonntagen im Berliner Vorortverkehr. Mit Recht meinte er, daß die Eisenbahngewerkschaft als Ausschüßel in Privatbetrieben solche Zustände nie und nimmer dulden würde.

die menschenwürdigen Aufstände auf der Wiener Stadtbahn an. Weiter wurde eine Tarifermäßigung für Gewerliche verlangt, um die Arbeiter zu einem wirksamen Vorkampfmittel zu machen.

Der Gewerkschaftsrat Stiefel wandte sich gegen das Ueberhandnehmen von geschäftlichen Klagemitteln auf den Bahnhöfen, ein Verlangen, das durchaus nicht gerechtfertigt erscheint, da die bisweilen recht geschmackvollen Plakate das sonst so öde Bahnbild durchaus verschönern. Herr Risch braucht nur einmal nach Frankreich oder England zu gehen.

Aus der weiteren Debatte wurde gegen die Stimmen der Unten beschlossen, die Verdringung von Beamtenwünschen aufzuschließen. Dagegen soll ausführlich über Arbeiterfragen gesprochen werden. Den Anfang machten einige Rentiersabgeordnete, die vor allem eine Ordnung der Rechtsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter und Arbeiter verlangten.

Hg. Gronowst (Centr.). Das Verhältnis der Eisenbahnarbeiter und Handwerker schwebt völlig in der Luft, sie verstehen weder der Reichsgewerbeordnung noch dem bürgerlichen Gesetzbuch, da sie weder zu den gewerblichen Arbeitern noch zu den Bediensteten gehören. Sie dürfen daher nicht teilnehmen an den Gewerbevereinigungen und sollen auch keine Vertretung bei den Arbeitskammern haben. Das ist eine ganz unzureichende Berücksichtigung der Eisenbahnarbeiter. (Sehr richtig!) Was das Wahlrecht dieser Arbeiter anlangt, so hat der Minister erklärt er habe den Organisationsplan der Eisenbahnarbeiter, soweit sie nicht sozialdemokratisch seien, wohlwollend gegenüber. Dieser Wille des Ministers wird aber von einigen Eisenbahndirektionen oder Inspektionen völlig ignoriert. Die Arbeiterausschüsse sind vielfach nur ein Dekorationsstück — das soll kein Vorwurf gegen die Verwaltung sein. Die Ausschüsse werden häufig so spät angesetzt, daß die Arbeiter schon mit ihren Bügen vorher abfahren müssen. (Hört, hört!) Besondere Aufmerksamkeit bitte ich den Herrn Minister der Lohnfrage zu widmen. Die Löhne sind vielfach noch niedriger als in der Landwirtschaft. (Hört, hört!) Eine ständige Quelle der Entfremdung ist für die Arbeiter der Affordobahn. Fast alle Eisenbahnbediensteten und Arbeiter sind für die Abschaffung der Affordobahn, weil sie dabei vielfach in Konflikt kommen mit ihrem Gewissen. Unter Umständen kann sogar die Betriebsicherheit der Eisenbahn unter dem Affordobahn leiden.

Vor allem sollte ein Anstieg der Grundlöhne stattfinden, es sollte ein Stückpreisverzeichnis zur Einführung für die Arbeiter ausliegen und die Kolonnen sollten nicht mehr als 5, höchstens 6 Personen groß sein. Bei der Revision der Affordobahn sollten die Ausschüsse hinzugezogen werden. (Sehr richtig!) Ein großer Mibstand ist auch, daß die Revisionen immer vorher angekündigt werden. Da wird gepunkt und gefogt, und wenn ganz hohe Löhne kommen, wird sogar laziert. (Weiter!) Auch die Renten werden laziert, sondern die Maschinen. (Große Gelächter!) Die Arbeiter hätten der Verwaltung sehr dankbar, wenn auch von Zeit zu Zeit ganz plötzlich unangemeldete Revisionen stattfinden würden. Weiter möchten die Arbeiter früheren Schluß der Arbeitszeit an Tagen vor Feiertagen sowie Urlaubsgewährung. Ich habe mich auf diese wenigen Forderungen beschränkt, die nach meiner Meinung über kurz oder lang durchgeführt werden können. Ich lehne es ab, mich hier als der „wahre Jakob“ der Eisenbahnarbeiter aufzuführen. (Weiter!) Was Rentner (Centr.)? So sehen Sie aus! Herr Rentner, es wäre besser, wenn auch Sie, statt solche Inflationen zu halten, sich auf die Verwirklichung der erfüllbaren Wünsche der Arbeiter beschränken würden. Natürlich werden Sie darauf nicht eingehen, darunter müßte ja der Anstieg der Sozialdemokratie leiden. Alles along also die Sozialdemokratie ist ja überhaupt nur der „wahre Jakob“ der Arbeiter. (Lachen bei den Centr. — Brava! im Zentrum.)

Minister v. Breitenbach: Was die Ausübungen des Herrn Gronowst anlangt, so betone ich, daß im allgemeinen die rechtliche Grundlage für die Eisenbahnarbeiter das bürgerliche Gesetzbuch bildet. Die Arbeiterausschüsse habe ich für eine besonders nützliche Einrichtung und wünsche, daß alles von ihnen ferngehalten wird, was ihre Tätigkeit irgendwie behindern könnte. Ich habe in diesem Sinne wiederholt Erlasse herausgegeben. Eine zu frühe Einberufung der Sitzungen würde ich selbstverständlich nicht billigen können. Der materielle Erfolg der Arbeiterausschüsse ist heute schon ein recht erheblicher, wie ihre Aufschüsse beweisen. Den Löhnen werde ich meine dauernde Aufmerksamkeit zuwenden. Ich bin mir bewußt, daß die Lohnfrage einer dauernden gewissen Kontrolle unterworfen werden muß, und das geschieht auch. In den letzten Monaten sind wieder eine Reihe von Lohnserhöhungen erfolgt. Im Gegensatz zu Herrn Gronowst bin ich der Meinung, daß der überwiegende Teil der Arbeiter nicht gegen die Affordobahn ist. Die Auslegung der Tarifverträge sollte nicht für selbstverständlich, Revisionen müssen natürlich unterworfen erfolgen, auch sind sie wertlos. (Bravo!)

Hg. Schröder-Cassel (natl.) bringt eine Reihe von Beamtenwünschen vor. Der Urlaubserwerb sollte wenigstens den älteren Arbeitern ohne Ausnahme gewährt werden. Bei den Bahnunterhaltungsarbeiten wird immer wieder darauf hingewiesen, daß sie ohnehin schon viel in freier Luft zu tun hätten. (Hört, hört! bei den Centr.) Die Arbeitszeit sollte auch in den Betriebsunterstützungen überall auf 9 Stunden herabgesetzt werden. Natürlich werden die Stundenlöhne bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit entsprechend heraufgesetzt werden müssen, denn der Grund der Einführung der Arbeitszeit ist ja gerade, daß die Arbeiter in neun Stunden etwas leisten, wie in zehn Stunden. Gegen die Abschaffung des Affordobahnen würden sich viele Arbeiter wehren. Dem wünsche, daß bei der Festlegung der Affordobahn die Arbeiterausschüsse gehört werden, kann ich mich anschließen.

Minister v. Breitenbach betont, daß für die Löhne der Eisenbahnverwaltungen nicht der ordentliche Tarif, sondern die Löhne der Industrie und Landwirtschaft maßgebend seien.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Mit der Versicherung des Ministers vergleiche man das geheime Budget der Reichsrentenrentenarbeiter, das mir vor einigen Tagen veröffentlicht wurde und die darin geschilberte elende Lebensweise der vom State besoldeten Proletariat.

Der Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Am 11. bis 14. April seinen Verhandlung in Dresden ab. Die Tagesordnung enthält neben den Fragen der Organisation und Agitation die Punkte: Lohnbewegungen und Tarifverträge, Reichsversicherungsgesetzgebung, die Verschmelzung mit den übrigen Bauarbeitern. Der Zentralverband hebt in seinem gedruckten Geschäftsbericht hervor, daß die wirtschaftliche Krise auch den Dachdeckerberuf getroffen hat. Bei den Dachdeckern stellen sich auch in guten Wirtschaftsjahren im Winter und Frühjahr regelmäßige Zeiten der Arbeitslosigkeit ein. Infolge der Krise nahm aber in den Jahren 1905/06 die Arbeitslosigkeit einen Umfang an, wie es der Beruf seit Jahrzehnten nicht erlebt hatte. Der Verband stellte im Januar 1906 durch eine Arbeitslosen-Statistik fest, daß von 2259 Kollegen, welche die Fragebogen beantworteten, 1545 (68 Prozent) außer Arbeit waren. Darunter waren Kollegen mit 10, 15, 20 und noch mehr Wochen Arbeitslosigkeit. Diese Verhältnisse haben naturgemäß auch die Entwicklung des Verbandes geherrscht. Die Mitgliederzahl, die im Jahre 1907 6684 betrug, sank im 1. Quartal 1909 auf 5426, von da ab bis zum 3. Quartal 1909 ist jedoch wieder ein Anstieg zu beobachten. Die Zahl der Filialen stieg um zwei; von 184 am Schluß des Jahres 1907 auf 186 am Schluß 1909.

Die menschenwürdigen Aufstände auf der Wiener Stadtbahn an. Weiter wurde eine Tarifermäßigung für Gewerliche verlangt, um die Arbeiter zu einem wirksamen Vorkampfmittel zu machen. Der Gewerkschaftsrat Stiefel wandte sich gegen das Ueberhandnehmen von geschäftlichen Klagemitteln auf den Bahnhöfen, ein Verlangen, das durchaus nicht gerechtfertigt erscheint, da die bisweilen recht geschmackvollen Plakate das sonst so öde Bahnbild durchaus verschönern. Herr Risch braucht nur einmal nach Frankreich oder England zu gehen. Aus der weiteren Debatte wurde gegen die Stimmen der Unten beschlossen, die Verdringung von Beamtenwünschen aufzuschließen. Dagegen soll ausführlich über Arbeiterfragen gesprochen werden. Den Anfang machten einige Rentiersabgeordnete, die vor allem eine Ordnung der Rechtsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter und Arbeiter verlangten. Hg. Gronowst (Centr.). Das Verhältnis der Eisenbahnarbeiter und Handwerker schwebt völlig in der Luft, sie verstehen weder der Reichsgewerbeordnung noch dem bürgerlichen Gesetzbuch, da sie weder zu den gewerblichen Arbeitern noch zu den Bediensteten gehören. Sie dürfen daher nicht teilnehmen an den Gewerbevereinigungen und sollen auch keine Vertretung bei den Arbeitskammern haben. Das ist eine ganz unzureichende Berücksichtigung der Eisenbahnarbeiter. (Sehr richtig!) Was das Wahlrecht dieser Arbeiter anlangt, so hat der Minister erklärt er habe den Organisationsplan der Eisenbahnarbeiter, soweit sie nicht sozialdemokratisch seien, wohlwollend gegenüber. Dieser Wille des Ministers wird aber von einigen Eisenbahndirektionen oder Inspektionen völlig ignoriert. Die Arbeiterausschüsse sind vielfach nur ein Dekorationsstück — das soll kein Vorwurf gegen die Verwaltung sein. Die Ausschüsse werden häufig so spät angesetzt, daß die Arbeiter schon mit ihren Bügen vorher abfahren müssen. (Hört, hört!) Besondere Aufmerksamkeit bitte ich den Herrn Minister der Lohnfrage zu widmen. Die Löhne sind vielfach noch niedriger als in der Landwirtschaft. (Hört, hört!) Eine ständige Quelle der Entfremdung ist für die Arbeiter der Affordobahn. Fast alle Eisenbahnbediensteten und Arbeiter sind für die Abschaffung der Affordobahn, weil sie dabei vielfach in Konflikt kommen mit ihrem Gewissen. Unter Umständen kann sogar die Betriebsicherheit der Eisenbahn unter dem Affordobahn leiden. Vor allem sollte ein Anstieg der Grundlöhne stattfinden, es sollte ein Stückpreisverzeichnis zur Einführung für die Arbeiter ausliegen und die Kolonnen sollten nicht mehr als 5, höchstens 6 Personen groß sein. Bei der Revision der Affordobahn sollten die Ausschüsse hinzugezogen werden. (Sehr richtig!) Ein großer Mibstand ist auch, daß die Revisionen immer vorher angekündigt werden. Da wird gepunkt und gefogt, und wenn ganz hohe Löhne kommen, wird sogar laziert. (Weiter!) Auch die Renten werden laziert, sondern die Maschinen. (Große Gelächter!) Die Arbeiter hätten der Verwaltung sehr dankbar, wenn auch von Zeit zu Zeit ganz plötzlich unangemeldete Revisionen stattfinden würden. Weiter möchten die Arbeiter früheren Schluß der Arbeitszeit an Tagen vor Feiertagen sowie Urlaubsgewährung. Ich habe mich auf diese wenigen Forderungen beschränkt, die nach meiner Meinung über kurz oder lang durchgeführt werden können. Ich lehne es ab, mich hier als der „wahre Jakob“ der Eisenbahnarbeiter aufzuführen. (Weiter!) Was Rentner (Centr.)? So sehen Sie aus! Herr Rentner, es wäre besser, wenn auch Sie, statt solche Inflationen zu halten, sich auf die Verwirklichung der erfüllbaren Wünsche der Arbeiter beschränken würden. Natürlich werden Sie darauf nicht eingehen, darunter müßte ja der Anstieg der Sozialdemokratie leiden. Alles along also die Sozialdemokratie ist ja überhaupt nur der „wahre Jakob“ der Arbeiter. (Lachen bei den Centr. — Brava! im Zentrum.)

Minister v. Breitenbach: Was die Ausübungen des Herrn Gronowst anlangt, so betone ich, daß im allgemeinen die rechtliche Grundlage für die Eisenbahnarbeiter das bürgerliche Gesetzbuch bildet. Die Arbeiterausschüsse habe ich für eine besonders nützliche Einrichtung und wünsche, daß alles von ihnen ferngehalten wird, was ihre Tätigkeit irgendwie behindern könnte. Ich habe in diesem Sinne wiederholt Erlasse herausgegeben. Eine zu frühe Einberufung der Sitzungen würde ich selbstverständlich nicht billigen können. Der materielle Erfolg der Arbeiterausschüsse ist heute schon ein recht erheblicher, wie ihre Aufschüsse beweisen. Den Löhnen werde ich meine dauernde Aufmerksamkeit zuwenden. Ich bin mir bewußt, daß die Lohnfrage einer dauernden gewissen Kontrolle unterworfen werden muß, und das geschieht auch. In den letzten Monaten sind wieder eine Reihe von Lohnserhöhungen erfolgt. Im Gegensatz zu Herrn Gronowst bin ich der Meinung, daß der überwiegende Teil der Arbeiter nicht gegen die Affordobahn ist. Die Auslegung der Tarifverträge sollte nicht für selbstverständlich, Revisionen müssen natürlich unterworfen erfolgen, auch sind sie wertlos. (Bravo!)

Arbeiterbewegung.

Der Verbandstag der Dachdecker in Dresden beschloß gegen drei Stimmen die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband. Der Streik in der Pianoortefabrik von Förster in Oßau (Sachsen) dauert unverändert fort. Die Nachrichten von der Verhandlung des Ausstandes sind falsch und von der Firma zur Täuschung von Arbeitern in die Presse lanciert. Der Streik der Dachdecker in Krensburg. Bei der Firma Gebr. Paullmann und Dachdecker sind sämtliche Klempner, Dachdecker und Dachstuhlarbeiter angegriffen. Da verliert sich von anderer Seite die Nachricht, so ist diese Note überrollen zu beachten. Junge nach Krensburg für Klempner, Dachdecker und Dachstuhlarbeiter in Krensburg fernhalten.

Lohnbewegung im Töpfergewerbe. Die Aushebung der Löhne in Guben ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Es wurde ein neuer Tarif mit 5-10 Prozent Zuschlägen abgeschlossen. Auch der Kampf der Löhne in Pforta ist erfolgreich beendet. Es ist gelungen, die geplanten Zuschläge auf den Affordobahn abzuwehren. Einige kleine Änderungen des alten Tarifs wurden dadurch ausgeglichen, daß auf Schmelzwärme ein Zuschlag von 3 Prozent gewährt werden mußte. Der Streik der Löhne in Pforta und die Aushebung in Nürnberg gehen unverändert weiter.

Nationale Streikbrecher. In Krimmischau haben 25 Weber bei der Firma Otto Weidmüller wegen Lohnfragen, die nicht zum Abschluss gekommen, die Arbeit eingestellt. Der Streik der Nationalen Arbeitervereine der Eisenbahn und der anderen Betriebe in Krimmischau mit Genehmigung der Firmeninhaber sowie Arbeiter der Firma Weidmüller zur Behebung gestellt, als sie als Ersatz für die Ausständigen benannt. Wer wollte jetzt noch leugnen, daß die Nationalen Arbeitervereine nichts weiter sind, als schlechte und rechte Streikbrecher-Organisationen.

Berichtigung. In der Mitteilung über den außerordentlichen Gewerkschaftskongress ist — um Irrtümern zu vermeiden — berichtigt worden, daß der Sachverständigenkommission Frau Luise Birt (Witwe des Parteivorsitzenden) angehört, nicht, wie in der Note steht, Birt, was auf den Reichstagsabgeordneten Birtlich hindeuten ließe.

Direkte Aktion in Zürich. Die Zürcher Spezierer und Zimmerleute haben beschlossen, auf eigene Hand die Verklärung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden herbeizuführen. Die Zimmerleute trafen am 26. März auf einer Reihe Arbeitsplätze mit der Verwirklichung des Beschlusses an, worauf der Zimmermeisterverein die Aushebung der Schuldigen verurteilte. Inzwischen beteiligten sich daran nur 3 Weber und sperrten 22 Gezellen aus, die meist schon wieder Arbeit erhalten haben. Als Antwort wurde in einer Versammlung am 7. April beschlossen, daß vom 11. April ab auf allen Plätzen, auf denen noch länger als 9 1/2 Stunden gearbeitet wird, um die Hälfte arbeitslos gemacht werden. Die drei ausstehenden Weber wurden gesperrt. Interessant ist es, daß auch die christlich-organisierten Zimmerleute ihr Einverständnis mit der herkömmlich früher von den französischen Syndikalistischen direkten Aktion: Forderung von Arbeiterforderungen ohne Einbehalten der Zustimmung des Unternehmers, erklärt haben. Es wird sich freilich zeigen müssen, ob sie auch festhalten. Es handelt sich um 410 Zimmerleute am Plage, von denen die Hälfte an der Aktion beteiligt ist. Zugang ist ferngehalten.

Aus Oberschlesien.

Achtung, Bergarbeiter!

Auf den oberschlesischen Bergwerken werden wieder Vergleute in Unterschriften veranlaßt. Die Vergewaltigungen verlangen von den Vergleuten, daß sie sich unterschreiben sollen, ohne ihnen zu sagen, zu welchem Zweck. Da es sich gegenwärtig um die Regelung der Reichsversicherungsgesetze handelt, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Vergewaltigungen von Oberschlesien mit den Unterschriften der Vergewaltigungen verbunden werden, beim Ministerium vorzubringen zu werden, um für sich etwas herauszuholen. Die Vergewaltigten werden daher gewarnt, ihre Unterschriften zu geben und erst recht noch nicht dann, wenn sie nicht wissen, um was es sich handelt. Vergewaltigt! Kameraden! Seid dabei vorsichtig!

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

* Dienstag, 14. April. Das Gleimiger Gewerbeamt hat den Jahrbuch an dieser Stelle heute drucken lassen. Jeder muß konstatieren werden, daß trotz dieser Kritik an den verschiedenen ungelieblichen Zuständen sich bisher nichts geändert hat. Was soll man dazu sagen, wenn man erwägt, daß seit mehr als einem Jahrzehnt keine Vertreterwahlen mehr stattgefunden haben? Ja, daß sich der ergante Sekretär des Gewerbeamtes nicht mehr einmischen kann, wenn überhaupt die letzten Wahlen beträchtlich haben? Oder ist es ein gescheitertes Zustand, das das Gleimiger Gewerbeamt nicht mal ein Statut besitzt? Doch! Ein Statut ist doch da! In den letzten einundzwanzig Jahren ist ein einziges veraltetes Exemplar eines Statutes vom Jahre

Gewerbeamt durch zwei Novellen abgeändert und erneuert wurde!

In diesem veralteten und veralteten letzten Statutenexemplar ist noch die Bestimmung enthalten, daß drei Spruchkammern eingerichtet sind: 1. Kammer Großindustrie, 2. Kammer Kleinindustrie und Tomwaren-Industrie, 3. Kammer Kleingewerbe. Für jede dieser Kammern sind die entsprechenden Anzahl Berufsberechtigter als Mitglieder in regelmäßigen Wahlen und Ersatzmannwahlen zu wählen. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Da das abgenutzte Statutenexemplar wahrscheinlich nur Wertloswert besitzt, ignoriert man einfach seine teilweise veralteten Bestimmungen. Wahlen finden, wie schon oben gesagt, überhaupt nicht statt; von einer 3. Kammer-Einrichtung ist ebenfalls nichts zu merken, es werden einfach alle Sachen, gleichviel zu welcher Kategorie sie gehören, in einer Sitzung verhandelt. Und Welcher? Da gibt es man eben einige Leute herbei, die dazu Zeit haben, z. B. einen alten pensionierten Beamten! Sollte man es wirklich glauben, daß der Staat vor diesen Aufständen keine Abnung hat, oder sollte nicht wenigstens der Vorsitzende, seiner Pflicht gemäß für Abschaffung dieser Mißstände eintreten? — Nach unserem Dafürhalten sind die unter solchen Umständen gestellten Urteile ungerecht und ungültig. An Wahlen haben wir es wirklich nicht fehlen lassen, doch nunmehr muß die Gleimiger Arbeiterschaft energisch auf die vom Sekretär jahraus, jahrein in Aussicht gestellte Remedie dringen. Vielleicht interessiert sich einmal der Herr Regierungsrat dafür, daß die Gleimiger Behörden anstatt den Sozialangelegenheiten der freien Gewerkschaften und politischen Organisationen, der obengenannten notwendigen Reorganisation des Gewerbeamtes ihre Aufmerksamkeit zuwenden, wie werden es an dieser Aufmerksamkeit auch ferner nicht fehlen lassen.

Schwientochowitz, 14. April. Oberstelektische Verhandlung. Völlig neue Methoden, den Verdienst der Arbeiter zu schmälern, hat man in der nahegelegenen Eintrachtmühle, einem Zweigbetrieb der unter Vilger stehenden Verzinsten Köhler- und Bauabteilung, wie schon so oft, erunden. Beim Vergeben neuer Arbeiten gibt man die alten, bereits abgemessenen Modelle, reibt den Korsett vor, es sind neue, und nun wird ein neuer Affordobahn aufgestellt. Sonderbarerweise ist der neue Affordobahn immer 10 bis 20 Prozent niedriger, als das gleiche Modell von früher. Zwischen Ingenieuren und Gezellen ist es deshalb wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Dabei sind die Vorgesetzten, die den Arbeiter mit allen möglichen Anreden bezeichnen, selbst sehr empfindlich. Als kürzlich ein Arbeiter einen Abzug einer „unrechtmäßigen“ räumte, stellte sich der Herr Ingenieur bereit, die ihm überreichte den Arbeiter einen „schönen Dachs“, „schönen Jungen“, „Nimm!“ usw. Auf eine Beschwerde beim Direktor über diese Verleumdungen, fand der Direktor, daß das Wort „Unrechtmäßigkeit“ eine sehr schwere Verleumdung für den Ingenieur sei, daraus erklärte sich das weitere. Aus all diesen und ähnlichen Vorgängen ist der Verdacht der richtige Taubenschlag geworden.

Nur eins scheinen die Herren garnicht begreifen zu können, nämlich, daß sie den Arbeitern beim Abgang sofort den Rest von 10 bis 20 Prozent zahlen haben. Eine Woche und länger muß vorher darauf warten. Gegen die letztere Unsitte können wir nur so an, die Gewerbebehörde anzureufen, dann werden die Herren schon zahlen. Im übrigen ist die Organisation, die gemeinlich wie die politische, das beste Mittel gegen solche Mißgeschickte.

Schreibersdorf, Kr. Neustadt O.S., 14. April. Scharlach-Epidemie. Nachdem erst vor kurzem zwei Kinder am Scharlach erkrankt sind, hat am Mittwoch die Krankheit ein weiteres Opfer, den zehnährigen Scheuermeisterhelfer Kossol, dahingerafft. In der Schule fehlen von 170 Kindern 74. In der Unterkasse haben über die Hälfte.

Ratibor, 14. April. Ein unglückliches Radfahrerrennen veranlaßte am Sonntag einige junge Leute aus Rudelra. Als Bahn wurde die steil abfallende Chaussee am Rüdelschen Parke aufgestellt. Dabei verlor der 17-jährige Schloßer Moraweg aus Rudelra die Herrschaft über sein Rad und schied so sehr mit dem Kopf gegen eine Telegraphenstange an der Verbiegung an, daß der Kopf vollständig eingedrückt wurde. Der Genannte ist seinen Verletzungen erlegen.

Zehlfingerruß, 13. April. Was nicht alles geschah an ihm. In der verlassenen Nacht hörten einige Postbeamte auf ihrer Nachtpatrouille auf dem Dache eines Hauses ein verdächtiges Geräusch. Sie kletterten auf das Dach und bemerkten dort Männer, die das Rindfleisch vom Dache abrißen. Einer der Männer verlor sich in dem Schornstein und nachdem er lange genug darin gesteckt hatte, kam er wieder zum Vorschein, um etwas frische Luft zu schnappen. Die beiden Beamten waren aber nicht von der Stelle gerührt und nahmen den Spitzhaken fest. Auch keine beiden Kontrollen wurden aus ihrem Versteck unter dem Dach hervorgeholt und verhaftet.

Kattowitz, 14. April. Tödlicher Unfall eines Bergmannes. Auf dem Hütterschacht bei Kattowitz stürzte ein Bergmann in den Förderseilzug und wurde als zerstückelter Leiche an das Tageslicht befördert.

Großfeuer in Daxböding. In dem Hütterschuppen der Petroleum-Raffinerie der Amerikanischen Gesellschaft „Vacuum“ in Daxböding brach Mittwoch Nachmittags in der 6. Stunde auf bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer aus, das große Dimensionen annahm.

Briefkasten.

- Sprechstunden der Redaktion Montags von 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Zuschriften werden nur ausnahmsweise erzieht.
- Die Hofmannsche Fabrik ist Anfang der siebziger Jahre abgebrannt; das Jahr konnten wir nicht ermitteln.
- W. Biegenhals. Den ausländischen Arbeitern, die wieder ins Ausland zurückgehen, werden die Beiträge nicht erstattet.
- R. R. 100. Ist nicht notwendig. Hauptsache ist, daß die Berichte kurz und sachlich gefaßt werden.
- Einsender aus Trebnitz. Warum geben Sie Ihren Namen nicht an? Anonyme Zuschriften kommen in den Papierkorb.
- Kattowitz und andere Orte. In dem Vereinskalender dürfen nur Anzeigen von politischen und gewerkschaftlichen Vereinen Aufnahme finden. — Neb.
- R. S. Hofstrahe. 1. Nein. 2. Im Juli-Sturm zu Spandau sollen 120 Millionen Mark liegen.
- F. 100. Bierenstraße. Das wissen wir nicht. Wenden Sie sich an die schlesische Landwirtschaftskammer in Breslau X, Matthiasplatz 6.
- M. Auguststraße. Schreiben Sie an das Arbeiter-Sekretariat in Gelsenkirchen, Hochstraße 1. das Ihnen gern helfen wird.
- M. Wernsdorf. Der Erbschaftssozialrevisor war zum Klagen berechtigt, kann aber nur verlangen, daß ihm seine Auslagen ersetzt werden.
- M. G. Der Brief muß mit Marke an das Regiment geschickt werden.
- G. Ohlauer Chaussee. Wenn Sie glauben, daß Ihnen die Rente zu Unrecht entzogen wird, müssen Sie beim Schiedsgericht Berufung einlegen.
- F. Steiman. Sektion II der Lagerer-Verbandsorganisation in Breslau I, Nikolaistraße 99, 1.
- F. F. Wir können Ihnen darin nicht helfen; Sie müssen sich vielmehr an einen Arzt wenden und ihm den Sachverhalt genau schildern.
- W. Poremba. 1. Sie können nichts erreichen. Die Beiträge eines Witwers, der keine Kinder unter 15 Jahren hinterläßt, werden nicht erstattet. 2. Die Gemeinde hat die Beerdigungskosten in diesem Falle nicht zu tragen, auch nicht einen Teil davon. Was die Krankenkasse an Sterbegeld zahlt, ist im Statut anzuzeigen.
- F. R. Wernsdorf. Ist die Miete nach Monaten bemessen und über die Kündigung nicht verhandelt, so besteht monatliche Kündigung; es kann in diesem Falle von 1. bis 15 gekündigt und am 1. des folgenden Monats ausgetragen werden. Auf die Höhe der Miete soll es dabei nicht an. Sie sind also berechtigt, am 1. Mai die Wohnung zu räumen.